

Was gibt's Neues?

3-5	1001 Zeichen gegen Rassismus:	
	Beiträge zum 10. Jahrestag des Solinger Brandanschlages	
6	Stimmen, Gedanken, Erinnerungen: Dokumentation von 1993 geschriebenen Berichten	
7	Aufruf des Solinger Appells zur Demo am 10. Jahrestag des Brandans	chlags
8	Termine im Aktionsmonat "mit Herz und Hand"	
9	Eskalation in Wuppertal: Polizei schützt Nazi-Aufmarsch	
10	Erklärung des Solinger Appell zum Irak-Krieg	
12	Offener Brief an Reiner Daarns	Da
13	Serie: Solinger Straßen mit berühmten Namen: Annette-von-Droste-Hülshoff-Straße	Da
15	Wassteht der Hermann dort herum? Kurzgeschichte von Werner Böwing, Tell 2	H d:
16	Bebauungsplan Obenitter	von
20	Versuch eines Nachrufs zum Tod von Joe Strummer	

Danke!

Die Realisierung dieser Ausgabe haben wir maßgeblich Euch lieben Spenderinnen und Spendern, AbonnentInnen und AnzeigenkundInnen zu verdanken. Mitte März hatten wir die "engsten" Freunde und Freundinnen der tacheles aufgefordert uns finanziell zu unterstützen und siehe da: es funktionierte!

Mit soviel Unterstützung haben wir gar nicht gerechnet, insbesondere in moralischer Hinsicht fühlen wir uns in unserer Arbeit belohnt; es ist schön zu sehen, wie viel Euch die tacheles bedeutet und dass Ihr das Erscheinen dieser kleinen, nichtkommerziellen Zeitung für wichtig erachtet.

Kein Editorial

Da sich die Zeiten geändert haben, erscheint an dieser Stelle kein Editorial. Denn auch die tacheles muss sich als zukunfsfähig erweisen und die überlebten Konzepte und Ideen endlich über Bord werfen. So verstehen wir uns ab jetzt als eine Art intellektueller Hedge Fonds - ihr habt keine Ahnung was das ist? das ist sehr gut, denn nach ausgiebigen Recherchen hat das ehemalige Redaktionskollektiv zweifelsfrei festgestellt, dass genau diese kriminelle Verbreitung von Ahnungslosigkeit und Oberflächlichkeit inzwischen offiziell "Zukunftsfähigkeit" genannt wird. Lücken werden da einfach durch sinnentleerte Phrasen gestopft - und das ist eine richtig tolle Sache. Als Beispiel sei hier kurz und knapp das derzeit gängige und in Sachzwänge eingeschnürte Zukunftskonzept vorgestellt:

Zunächst muss alles weg. Gesundheitsfürsorge für alle ist was für Memmen und Kommunisten, Tarifverträge behindern den Kampf ums Überleben und überhaupt verweichlicht die soziale Absicherung total und gehört genau wie die dekadente Chancengleichheit deswegen

2. zurück zum Wesentlichen. Nur wenn wir zu den wirklichen Tugenden zurückgekehrt sind, kann es Hoffnung geben: da ist die belebende "hire and fire" Mentalität, die Wirtschaft ist schließlich kein Kindergeburtstag; eine ordentliche Selektion in Bildung und Gesundheit, die endlich wieder willige Vollstrecker hervorbringt und natürlich der Rente ab 67 oder 76? egal - Hauptsache nach dem Umfallen. Den ganzen kulturellen, sportlichen, pädagogischen, ästhetischen Schnickschnack und das Gefasel von Gerechtigkeit könnt ihr bei der Gelegenheit sowieso vergessen. Über Kinderarbeit und Menschenrechte wird später verhandelt.

3. Schließlich die Vision: Erst wenn das Reformwerk getan, wird investiert wie blöd und alles wird gut. Die Landschaften werden blühen, wie heute nur die Parks hinter den Villen; es wird Milch und Honig auf alle herabregnen, wie heute das Schwarzgeld auf die Cayman Islands, und es wird Arbeit vom Himmel fallen, wie Bomben auf Bagdad. Aber nicht vergessen: immer artig danke sagen, denn umsonst gibt es nix mehr!

In diesem Sinne sind wir diesmal auch bemüht, lediglich die Mindeststandards zu erfüllen - ja, "wir schnallen den Gürtel enger, um die Karre aus dem Dreck zu ziehen" usw. Denn wir sind erfüllt von Dankbarkeit, angesichts der großzügigen Unterstützung unverbesserlicher Spender. Sie haben uns erst ermöglicht, knapp der Pleite zu entrinnen, die tacheles 29 herauszubringen und ein bescheidenes 20ha Anwesen am Genfer See zu kaufen. Danke.

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000

Kontakt und Zuschriften: c/oCafé Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, Fax: 0212 / 1 71 98, tachelesSG@wtal.de www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft–Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, **☎** 0211 / 44939870

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Bankverbindung: SEB, BLZ 330 101 11,

Kontoinhaberin: Pauline Ehl, Konto-Nr.: 297 349 6300

Titelbild: Heinz Mähner



1001 Zeichen gegen Rassismus

......

Gedanken zum Solinger Brandanschlag - 10 Jahre danach



Die toten Kinder träumen

Wir waren fünf Särge im Transportflugzeug, nebeneinander - in Reihe und Glied.

Wir hörten uns. – Nicht nur unsere Haare und Augen, auch unser Fleisch war verbrannt.

Wir fühlten uns, uns schmerzte.

Wir waren fünf Särge im Transportflugzeug, flogen Richtung Mercimek, nicht durch die Luft, wir flogen unter der Erde. Die Leute von Mercimek begrüßten uns nicht in der sonst üblichen Weise

sie standen an den für uns vorgesehenen Gräbern. Wir waren fünf Särge, nicht mehr in Reihe und Glied im Transportflugzeug,

sondern nun in Reihe und Glied in den Gräbern. Weil wir so nah beieinander lagen, hörten wir uns.

Nicht nur unsere Haare und Augen, auch unser Fleisch war verbrannt.

Wir fühlten uns, uns schmerzte. Wir hörten das Schreien der Leute von Mercimek,

wir fühlten auch ihre Schmerzen.

Wir waren fünf Särge in Reihe und Glied – unter der Erde.
Jetzt verstehen wir – nicht nur hier unten sind Schmerzen, das
Grab ist nach oben hin offen, auch dort oben sind Schmerzen.
Ihr Solinger: Uns wird zum zehnten Mal gedacht. Es ist eigentlich
nicht unsere Art das zu sagen, aber es erscheint uns so, als
würde uns ein letztes Mal gedacht.

Unser Appell an euch: Eure Weltanschauung, und eure privaten

Angelegenheiten dürfen nicht dazu führen, dass Kinder getötet werden.

Wir werden Staub, vermischen uns- und werden eins mit der Erde. Wir werden Wasser und fließen in die Ozeane, wir schmelzen für eine Blume – und alles mischt sich – Weinende, Schmerzende, Leidende. Nur wenn sich diese ganze Mischung aus Leid der Sonne zuwendet, tritt Heilung ein.

Der Duft unserer Kinderhaut wurde dort oben von unseren Betten aufgesogen, nun nimmt die Erde diesen Duft auf.

Die toten Kinder träumen.

Ihr Besitzer der Erde, ihr Grenzzieher, ihr Verteidiger von

Klassen, was habt ihr uns angetan?

Wir sind Tote, seit 10 Jahren.

Bevor wir euch sagen, warum ihr uns getötet habt, wollen wir euch etwas fragen.

Wir haben gesehen, dass die Toten dort begraben werden, wo sie geboren wurden und wo sie lebten. – Aber wir wurden in das Land geflogen, was unseren Müttern und Vätern zugeschrieben wird.

Wir sind Opfer, der für uns geschriebenen Verfassung. Ohne uns zu fragen, erhielten wir den Stempel eines von euch bestimmten Landes. Wir sind Teil der weltweiten Kategorisierung.

Wir werden Staub, wir vermischen uns – und werden eins mit der Erde.

Wir werden Wasser und fließen in die Ozeane, wir schmelzen für eine Blume **Mehmet YILDIZ 2003**

Beitrag des Schriftstellers Ralph Giordano:

Der 29. Mai 1993 – Tod von 5 Frauen und Mädchen bei einem Brandanschlag in Solingen – ist unvergessen!

Seither sind 10 Jahre vergangen, es hat weitere Anschläge gegeben und die demokratie- und republikfeindliche Rechte ist so aktiv wie eh und je. Es gibt 70 Jahre nach dem fürchterlichen Lehrbeispiel des Nationalsozialismus Zustände, die unerträglich sind – Gewalt von rechts, nach wie vor; lokale Herrschaft von Neonazis, vor allem auf dem Territorium der ehemaligen DDR; die höchstgerichtlich sanktionierte Existenz der NPD und oft genug zauderndes Verhalten der Sicherheitsorgane.

Schluss damit! Die demokratische Republik, der demokratische Verfassungsstaat, sie haben, nach allem, gegen ihre Feinde *militant* vorzugehen, bei gleichzeitiger Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger, wo immer sie nötig wird.

Jeder Fremdenfeind ist ein Antisemit, und jeder Antisemit ein Fremdenfeind, Vermasseln wir ihnen alle weiteren Triumphe, mit unserem Schwur:

Nie wieder Solingen 29. Mai – nie wieder!



Ursel Ullmann - für die Initiative "Öffentlichkeit gegen Gewalt" und den Verein "SOS-Rassismus e.V."

Der 29. Mai 1993 wird Vielen in Erinnerung bleiben, noch mehr wollen ihn aber wohl vergessen und nicht mehr erinnert werden.

Was ist haften geblieben von damals?

Die Bilder an das ausgebrannte Haus, die Trauer und Verzweiflung der Familie Genc, die ich während eines Besuchs bei der Familie, zwei Tage nach dem Anschlag hautnah erleben konnte. Und haften geblieben ist das eigene Gefühl der Fassungslosigkeit, der Ohnmacht und Wut; Wut auf die Täter und Wut auf die Gesellschaft, die den

Ein Kind flog im Traum in das unendliche Blau.
Ein Kind flog im Traum voller Hoffnung über grüne Wiesen.
Ein Feuer fiel auf seine Flügel.
Es verbrannte, das Kind. Es brannte.
Es war kein Traum.
Nein, es war kein Traum.
Was verbrannte, war unsere Hoffnung.
Was verbrannte, waren unsere Kinder, unsere Frauen.
Jetzt brennt es in uns.

Mehmet YILDIZ 1993

Nährboden dafür geschaffen hat, dass so etwas möglich wird, denn Solingen war nicht der Anfang, sondern stand am Ende einer langen Kette von Anschlägen.

Man erinnere sich an Hünxe, Hoyerswerda und Mölln. Haften geblieben ist das Gefühl der Hilflosigkeit, dass dieser Anschlag nicht verhindert werden konnte. Es gab damals schon die Bürgerinitiative "Öffentlichkeit gegen Gewalt", die sich nach den Anschlägen in Hoyerswerda und Mölln im Jahr 1992 gegründet hatte, mit dem Ziel. unsere ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen gegen die Gewalt von Rechts zu schützen. Dies ist uns nicht gelungen und die Frage bleibt: hätten wir es irgendwie verhindern können? Ich weiß es nicht. Geblieben ist auch der Eindruck, dass die ab Pfingsten in Solingen

stattfindenden Krawalle in dieser Stadt zunehmend in den Vordergrund traten und nicht mehr der Brandanschlag selbst das vorherrschende Thema war. Friedliche Demonstrationen wurden von vielen Medien kaum erwähnt, sondern nur Gewalt gezeigt.

Was hat sich danach geändert? Es gründete sich der Verein "SOS-Rassismus, Verein für Völkerverständigung e.V.", der dann einige Jahre von der SPD und den Grünen, die im Rat die Mehrheit hatten, unterstützt und finanziell gefördert wurde. In dieser Zeit hat sich der Verein auch bundesweit einen Namen gemacht, indem er Ansprechpartner für viele Vereine und Initiativen wurde, Projekte

durchführte und Aktionen organisierte, die sich mit dem Thema Rechtsradikalismus befassten und ein bundesweites Netzwerk schuf. Dies hatte im Jahr 2000 ein Ende. Die nun-



mehr allein regierende CDU strich die Mittel, unter anderem mit dem Hinweis, in Solingen gäbe es keinen Rassismus und die Bürger würden schon selbst dafür sorgen, dass in Solingen etwas, das mit rechter Gewalt zu tun hätte, nicht wieder vorkäme. Dazu bedürfe es keiner finanziellen Mittel für einen Verein.

Im Rahmen eines Wettbewerbs hat der Verein zum Thema Rassismus einen Radio-Spot gemacht und für die Zeit von 1993 bis 2002 Vorfälle dargestellt, die jeweils einen rechtsradikalen bzw. ausländerfeindlichen Hintergrund hatten. Insgesamt handelte es sich um die Darstellung von 15 Vorfällen. Es gab noch viel mehr Vorfälle, aufgrund der Zeitvor-

gabe mussten wir uns auf die Schilderung dieser 15 Vorfälle beschränken. Soviel zur Behauptung: "in Solingen gibt es keinen Rassismus".

Aber es gibt auch viel Positives in dieser Stadt: Viele Initiativen und Vereine haben sich nach dem Brandanschlag gegründet. Ausländische und deutsche BürgerInnen treffen sich und versuchen Wege zu einem friedlichen Miteinander aufzuzeigen und Vorurteile abzubauen. Nur manchmal kommt das Gefühl auf, nur einen bestimmten Kreis der Bevölkerung zu erreichen, während die meisten anderen wohl den Gedanken haben: "Ich tue ja niemanden etwas, also soll man mich in Ruhe lassen und endlich mit diesem Gedenken und Erinnern aufhören".

Nur das, meine ich, darf auf keinen Fall sein. Das Gedenken an dieses schreckliche Er-

eignis muss auch nach dem 10. Jahrestag weitergehen. Wir dürfen in unserem Bemühen um ein friedliches Miteinander und das Abbauen von Vorurteilen nicht nachlassen. Die Bevölkerung dieser Stadt muss auch in Zukunft mit dem leben, was hier vor 10 Jahren geschehen ist, ob sie das nun will oder nicht.

Ursel Ullmann

Zum 10.Jahrestag des Brandanschlages in Solingen möchte ich zwei persönliche Erlebnisse schildern:

Das eine war die Demonstration am Tag nach dem Anschlag. Sie war spontan; es gab kaum Transparente; die Gesichter der Menschen, waren voller Erschrecken und Fassungslosigkeit; wir zogen los durch die Innenstadt; es gab keine Sprechchöre; aber es war auch nicht die Stimmung eines Schweigemarsches; es wurde geredet, vor allem wurden Passanten angesprochen, meist ausländisch aussehende: es wurde kurz erklärt, was in der Nacht passiert war, dann schlossen sich häufig - die Angesprochenen dem Demonstrationszug an. - Eigentlich der Wunschtraum aller demonstrierenden Menschen, dass sich unterwegs immer mehr anschließen. Aber obwohl dies so war, konnten wir uns darüber nicht freuen, sondern vorherrschend waren die Gefühle von Entsetzen, Trauer, Wut.

Das andere Erlebnis war ein halbes Jahr später: Nach dem Unterricht in einer Klasse der Höheren Handelsschule – ich bin Berufsschullehrer in Wuppertal – komme ich in der Pause mit zwei türkischen Schülerinnen ins Gespräch: Wir reden über den Brandanschlag und beide berichten voller Stolz, dass sich ihre Väter an den "Sachbeschädigungen" in der Solinger Innenstadt beteiligt haben. Die Begründung ihrer Väter: Wir mussten etwas tun, zeigen, dass wir uns nicht alles gefallen lassen.

Arbeitsgemeinschaft ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie, Supervision, Coaching, Gestalttherapie, Ausbildung

Psychodrama

in Selbsterfahrungsgruppen: dienstags abends von 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

In der Ausbildung

neue Oberstufe ab 2003

neue Grundstufe 11.-13.07.2003 (Zulassungsseminar)

in der Supervision: Einzel-Supervisionen Team-Supervision

in der offenen Gruppensupervision für Fachleute:

freitags bis samstags: 07.-08.11.2003

Informationen unter: **Friedel Geisler**, Psychotherapeutin / Heilpraktikerin (HpG), Psychodrama DAGG, Supervision DGSv, Theologin, Dipl.-Religions-Pädagogin **Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen, Telefon / Fax: 0212 / 273 478**





Der Hülya-Genc-Platz in Frankfurt

Brigitte Reimann für Roma amenza e. V.

Im Alltag kennen wir ihn schon lange: Ablehnung, Ausgrenzung, Anfeindungen von Menschen, die anders sind, anders aussehen, eine andere Kultur haben. Doch der eigentliche Rassismus findet in unserem Land woanders statt: in Politik und Medien.

Da ich mit Roma arbeite, die als nicht anerkannte Minderheit auf der ganzen Welt leben, kenne ich die Probleme von Ausgrenzung und Ablehnung. Niemand will sie haben. Die hier z. T. schon lange in Deutschland lebenden Familien müssen nach Serbien und Kosovo zurück ins Elend. Sie bekommen keine



23.000 Menschen ohne deutschen Pass leben in Solingen. Faktisch ist dies eine multikulturelle Stadt. In der Politik sind sie jedoch kaum vertreten, in der Stadtverwaltung ebenso wenig. Ein von der Stadt gestelltes Mahnmal zum Brandanschlag gibt es nicht, das in Mittelgönrath wurde von einer privaten Initiative gestiftet. Bis heute wurde nicht eine kleine Straße nach den Opfern benannt – wie es heißt, soll dies zum 10. Jahrestag(!) nachgeholt werden. Der (einstimmig gewählte) Obermeister der Baugewerbelnnung Solingen heißt immer noch Kissel, der seit dem 9.9.1997 gerichtsfest ein Volksverhetzer und Auschwitzleugner genannt werden darf. Die Mittel für die Arbeit des Vereins SOS-Rassismus wurden von der seit 1999 regierenden CDU/FDP-Koalition zunächst umgewandelt und dann komplett gestrichen.

Aber es gibt auch das beeindruckendes Engagement von Jugendstadtrat (zu erinnern ist an die Schülerdemonstration mit 4000 Teilnehmerlnnen), der städtischen Jugendförderung und der "Weißen Rose", um nur einige zu nennen. Es gab die erfolgreiche Abwehr einer von der CDU geplanten Verschärfung der Straßenordnung – die unerwünschte Gruppen aus dem öffentlichen Raum ausschließen wollte – durch das an einem Strang ziehen von Vertretern der Kirchen, dem Jugendstadtrat, dem Solinger Appell ...

Am 29.5. beginnt eine Reihe von über 30 Veranstaltungen zum zehnjährigen Gedenken. Es ist ganz wichtig, dass die vielen Veranstaltungen gut besucht werden. Denen, die Verdrängen wollen, um so weiter zu machen, als sei nichts geschehen, muss entgegengetreten werden.

Dietmar Gaida



Unterstützung, keine Arbeit, haben z. T. keine Unterkunft. Das interessiert hier aber niemanden. Die letzte Innenministerkonferenz hat beschlossen: weg damit.

Von Heimatland kann man auch nicht sprechen. Kommen sie nach Serbien, werden sie verfolgt, ausgegrenzt, angefeindet. Vor allem die Kinder trifft es schwer. Viele haben die deutsche Sprache als ihre Muttersprache angenommen. Dort müssten z. B. 11jährige in der ersten Klasse anfangen. Sie haben keine Zukunft.

Die meisten Roma sind integriert. Hätte man ihnen Arbeitserlaubnisse gegeben, könnten sie sich selbst ernähren. Oder Ausbildungsprogramme für Jugendliche wären hilfreich gewesen. Aber statt dessen will man sie einfach nur los werden. Wer versteht das?

Unsere ganze Bevölkerung, unsere Politiker scheinen unter Gedächtnisschwund zu leiden. Jeder vergisst, was Nazideutschland den Roma angetan hat. 50.000 wurden in Konzentrationslagern umgebracht. In Jugoslawien wurden ganze Romadörfer platt gemacht, Wiedergutmachung gab es nie. Immer wieder Verfolgung!

Brigitte Reimann

Stimmen, Gedanken, Erinnerungen

eine kurze Dokumentation im Jahr 1993 erschienener Berichte und gehaltener Reden

aus der Chronologie der Ereignisse:

"Samstag, 29.05.1993

Kurz nach 1.30 Uhr: Brandanschlag auf das Haus Untere-Werner-Str. 81. Fünf türkische Frauen und Mädchen sterben in den Flammen. Die türkischen Familien Genc und Ince leben seit mehr als 20 Jahren in Solingen, seit mehr als 10 Jahren ist das alte Fachwerkhaus in ihrem Besitz. Die Löscharbeiten werden dadurch erschwert, dass die Zufahrtswege durch Fahrzeuge versperrt sind. Erst gegen 4.00 Uhr kann das Feuer gelöscht werden. Das Haus ist völlig ausgebrannt. Schon während der Löscharbeiten zeichnet sich ab, dass ein rassistsischer Mordanschlag vorliegt. Der Generalbundesanwalt nimmt gegen 8.15 Uhr die Ermittlungen auf.(...)"

Einschätzung des Türkischen Volksvereins Solingen und Umgebung e. V.

"Als wir am 29.05.1993 von dem durch die Nazis gelegten Brandanschlag und von den fünf Brandopfern hörten, gingen wir zum Brandort, um zu erfahren, was und wie es geschah. Die Nachbarn, die dort versammelt waren, waren überzeugt, dass es ein Brandanschlag war. Etwa gegen 11 Uhr hörten wir eine Durchsage von Radio RSG, dass um 13 Uhr ein Schweigemarsch vor dem Intertreff und eine Demo um 15 Uhr vor dem Rathausparkplatz stattfinden sollte. An dem Schweigemarsch haben tausende Menschen teilgenommen. Er lief friedlich durch die Innenstadt und endete vor dem abgebrannten Haus.(...)

Der Brandanschlag hat bei uns tiefe Wunden hinterlassen. Die Täter sind nicht nur die Brandleger, sondern auch die regierenden Parteien. Die deutsche Politik hat gegen den Naziterror versagt. Wenn in Zukunft solchen Fälle verhindert werden sollen, müssen die hier lebenden ausländischen Bürger ihre Rechte bekommen, zum Beispiel das Wahlrecht und die Doppelte Staatsbürgerschaft."

zu den Reaktionen der Stadtvorderen:

"Für die Vertreter der Stadt Solingen fiel die Tat vom 19.05.1993 tatsächlich vom Himmel – unvorhersehbar. Wie sagte Bernd Krebs, CDU Bürgermeister in der Woche nach dem Anschlag den Fernsehsendern: "In Solingen gibt es kein rechtsextremes Potential. Solingen ist eine liberale und weltoffene Stadt", und auf das Nachhaken des Reporters, dass der Anschlag nicht von ungefähr komme, "der Anschlag kommt nicht von ungefähr, aber ich bitte Sie zu bedenken, dass erst geklärt werden muss, ob diese Täter überhaupt Solinger

sind. Deshalb muss man den überregioanalen Medien dankbar sein, dass sie diese Lüge schnell als das durchschauten, was sie war: Pure Imagepflege." (...)

aus einer Rede der Großdemonstration (Mehmet Yildiz und Taner Aday) am 5.06.1993:

"Solinger, alle jetzigen Bürger dieses Staates. Wir wollen Menschenrechte, die uns bis jetzt verwehrt blieben. Keine Lichterketten mehr! BEGREIFT ENDLICH!

Herr Weizsäcker, treffen Sie sich mit Politikern, aber sprechen Sie bitte nicht mehr vor Särgen von "historischer Freundschaft". Tun Sie das bitte an anderen Stellen und zu anderen Gelegenheiten. Die Geschichte unserer beider Länder ist belastet. Lassen Sie uns besser über die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft reden.

Alle Politiker in diesem Land: sprechen Sie nicht mehr ÜBER uns. Versuchen Sie, MIT uns zu sprechen. Besonders die, die von Anerkennung Deutschlands sprechen, die wie Herr Kissel vom 'Image' im Ausland reden, die wie Herr Kohl von einem 'gastfreundlichen' Land sprechen. Wir sind keine Gäste! BE-GREIFT ENDLICH!(...)"

Ausschnitt aus einer weiteren Rede (Nasrin Bassiri) vom 5.06.1993:

"Ich bin über den grausamen Mord in Solingen nicht überrascht, auch nicht sprachlos oder hilflos, wie die verantwortlichen Politiker von sich behaupten, sondern maßlos wütend.

Diese Tat ist nicht zufällig, sie ist nicht von einem verrückten, gestörten Jugendlichen begangen worden, oder wie Herr Kohl meint, von den Asozialen. Sie ist auch nicht unvermeidbar gewesen, wie Herr Rau behauptet. Ich zitiere ihn: "Wir können doch nicht vor jedem Haus, in dem ein Ausländer wohnt, einen Polizisten hinstellen". Herr von Weizsäkker hat recht, wenn er sagt: "Dieser grausame Akt ist nicht aus dem nichts gekommen". Seit vielen Jahren, schon vor der Wende, behaupteten die verantwortlichen Politiker, die eigentlichen Brandstifter, dass Deutschland von einer "Asylantenflut" überschwemmt werde. (...)

Wir wollen unsere vertrauten PolitikerInnen in Deutschland selber wählen, wir wollen selber in den Vertretungsorganen sitzen. Wir möchten mit an einem Antirassistischen Gesetz arbeiten. (...) Tut doch etwas, sammelt Unterschriften für die doppelte Staatsbürgerschaft. Statt Lichterketten, Unterschriftenketten, damit wir endlich die sturen Politiker bewegen."



Medienberichterstattung der regionalen Medien:

"In der Woche nach dem Brandanschlag auf das Haus der Familie an der Wernerstr. traten die aus ohnmächtiger Wut über den fünffachen Mord resultierenden Ausschreitungen insbesondere im Solinger Tageblatt (ST) in den Mittelpunkt der Berichterstattung. Im Gegensatz zu den in der überregionalen Presse durch Berichte über rechtsradikale Organisationsstrukturen in Solingen (...) und über rassistische Übergriffe und Aktionen im Vorfeld des Brandanschlags (...) zum Ausdruck kommenden Bemühungen, die Hintergründe der Tat aufzudecken, wurden diese von den lokalen Zeitungen vollkommen ignoriert.

So titelte das Solinger Tageblatt (ST) direkt in der ersten Ausgabe nach dem Wochenende: "Radikale machen Solingen zum Schlachtfeld"(...)

So verwendete das ST, jenseits einer seriösen Berichterstattung, Sprachformulierungen und Termini wie ,es war die zweite Nacht der Rache', ,rast die Welle der Zerstörung mit unglaublicher Geschwindigkeit Richtung Graf-Wilhelm-Platz weiter'. (...) Durch diese Art der Berichterstattung, die in einer unakzeptablen sprachlichen Form immer wieder die Ausschreitungen bzw. deren Konsequenzen für die Solinger Einzelhändler in den Mittelpunkt rückte, wurde der eigentliche Anlass, der perfide Mordanschlag, nachträglich relativiert und in den Hintergrund gedrängt." (...)

Quelle: Kein Vergessen! Solingen davor und danach. Dokumentation des Solinger Appells. 1993

Demonstration anläßlich des 10. Jahrestages des Brandanschlages in Solingen

Am 29. Mai 2003 demonstrieren wir:

Für eine solidarische Form des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Hautfarbe, Religion und Kultur,

für eine friedliche, gerechte und respektvolle Gemeinschaft der Völker,

gegen Rassismus und Krieg!

12.00 Uhr Kundgebung auf dem Rathausparkplatz (Konrad-Adenauer-Straße / Potsdamer Straße) in Solingen-Mitte.

13.00 Uhr Demonstration ab dem Rathausparkplatz zur Unteren Wernerstraße, in der das Haus stand, das am 29.5.03 angezündet wurde. Anschließend Demonstration durch die Solinger Innenstadt.

Am 29. Mai 1993 starben in Solingen Gürsün Ince (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4) als Opfer eines rassistisch motivierten Brandanschlages. Dieser Mordanschlag stand in einer Serie von Gewalttaten gegen Menschen ohne deutschen Paß in diesem Land, welche mit Hoyerswerda im September 1991, Rostock und Mölln im Jahre 1992 eskalierte. Die politische und publizierte Diskussion um die sogenannte Asylproblematik war wesentlicher Auslöser dieser Entwicklung. 1991 hatte der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühe mittels einer Musterpresseerklärung alle CDU-Kreisverbände aufgefordert das Thema "Asylmissbrauch" auf die Tagesordnung zu setzen.

Auch dadurch wurde das Klima rassistisch aufgeheizt und gab den Mordtaten der Nazis einen Nährboden. Diese trafen alle Gruppen von hier lebenden Migrantlnnen, im Fall Solingen eine seit langer Zeit in Solingen lebende Familie. Kurz vor dem Brandanschlag wurde der sogenannte "Asylkompromiss" von CDU, SPD und FDP beschlossen, der das Asylrecht fast völlig abschaffte.

Seit 1990 sind in diesem Land weit über einhundert Menschen von neofaschistischen und rassistischen Schlägern umgebracht worden. In zunehmenden Maße richtete sich weiter der Hass auch gegen behinderte und obdachlose Menschen und gegen AntifaschistInnen, gleich welcher Herkunft und Hautfarbe. Die NPD, welche seit fast vierzig Jahren mit an der Spitze dieser rassistischen Hetze steht, wird trotzdem – aufgrund der Einflussnahme des sogenannten Staatsschutzes, der selbst große Teile des Spitzenpersonals der NPD stellt – nicht verboten. Nach diesem "Sieg" der NPD und ihres Umfeldes darf unter staatlichem Schutz umso frecher gegen MigrantInnen und andere Minderheiten gehetzt werden.

Die Duldung von Rechtsextremisten in öffentlichen Ämtern wird auch deutlich am Beispiel des Bauunternehmers Günther Kissel, der der NPD spendete und gerichtsfest als Auschwitzleugner und Volksverhetzer bezeichnet werden darf und dennoch einstimmig zum Obermeister der Solinger Bauinnung wiedergewählt wurde.

Wir fordern deshalb die konsequente Bekämpfung aller rassistischen und faschistischen Organisationen!

Gerade auch in Solingen wurden durch den Staatsschutz die rechtsextremistischen Strukturen gestärkt und geschaffen, in dessen Dunstkreis auch die als Brandstifter verurteilten Jugendlichen sich befanden. So trainierten drei der Täter in der vom damaligen V-Mann Schmitt geleiteten Solinger Kampfsportschule Hak Pao. Die Rolle und das Ausmaß der Einflussnahme des "Staatsschutzes" im Zusammenhang, vor und nach dem Solinger Brandanschlag wurde nie richtig geklärt und aufgearbeitet, obwohl dieser Anschlag von "Insidern" sogar als ein "Betriebsunfall" des Verfassungsschutzes bezeichnet wurde. Nicht erst seit dem Versagen der Staatsschutzorgane im NPD-Verbotsprozess steht also fest, dass diese hochbezahlten "Dienste" im Kampf gegen den Rechtsex-

tremismus völlig versagt haben.

Wir fordern deshalb die ersatzlose Auflösung aller Organe des sogenannten Staats- und Verfassungsschutzes!

Auch heute werden wie Anfang der 90er Jahre Flüchtlinge diskriminiert und gnadenlos abgeschoben. Diesmal trifft es vor allem die aus Jugoslawien geflohenen Roma und afrikanische Bürgerkriegsflüchtlinge. Selbst irakische Flüchtlinge erhielten erst einen Tag nach dem völkerrechtswidrigen Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf dieses Land einen zeitlich begrenzten Schutz vor Abschiebung. Die allgemeine Anerkennungsquote bei Asylverfahren liegt in Deutschland heute bei lediglich etwa zwei Prozent. Über 3000 Menschen sind in den letzten Jahren bei dem Versuch nach Europa zu flüchten ums Leben gekommen. Durch den "Asylkompromiss" wurden MigrantInnen noch mehr als bisher - zu Menschen "zweiter und dritter Klasse" degradiert. Auch das neue Staatsbürgerschaftsrecht, welches gegen den erbitterten Widerstand der CDU durchgesetzt wurde, ändert trotz einigen Erleichterungen kaum etwas daran. Dumpfer Rassismus und Herrenrassen-Dünkel wurde dabei durch eine neoliberalere Position "reformiert", bei der Zuwanderung mehr im Sinne der Markterfordernisse geregelt und zwischen wirtschaftlich nützlichen und schädlichen MigrantInnen unterschieden wird. Die offizielle Politik der staatstragenden Parteien und Institutionen gibt hier wieder einmal die Richtung vor und organisiert die Selektion vorwiegend durch den anonvmen Zwang der Verhältnisse. Wen wundert es da noch, wenn der rechte Mob – als vermeintlich konsequenterer Vollstrecker des sogenannten gesunden Volksempfinden - diese Orientierung mittels Baseballschläger und Kampfstiefel unterstreicht.

Deshalb fordern wir eine Asylpolitik, wie sie ursprünglich aufgrund der Erfahrungen mit dem Faschismus und auf dem Hintergrund vieler Menschen, die vor den Nazis ins Exil flüchten mussten, angelegt war. Wir fordern die Rücknahme des sogenannten Asylkompromisses, Bleiberecht für alle Flüchtlinge und den sofortigen Stop der Abschiebungen! Wir fordern die Anerkennung geschlechtsspezifischer Unterdrückung und Verfolgung als Asylgrund, ebenso wie den Schutz von Deserteuren und Kriegsdienstverweigern durch das Asylrecht.

Wir dürfen nicht zulassen, dass wir nach Nationalitäten, Kulturen, Religionen... gespalten werden und die gesellschaftlichen Probleme auf einzelne Teile der Gesellschaft abgeschoben werden.

Deshalb treten wir für ein besseres solidarisches Zusammenleben zwischen Deutschen und Nichtdeutschen ein. Wir fordern das Recht auf Einbürgerung für alle Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben.

Unter der Losung des Kampfes gegen den Terrorismus macht sich gerade heute eine neue nationale Welle der Intoleranz breit. Zunehmende Aggression nach Außen hat weitere Aggressivität nach Innen zur Folge. Krieg, wie ihn Deutschland zuletzt in Jugosla-

wien und in Afghanistan geführt und unterstützt hat, Intoleranz und Rassismus stehen gestern wie heute in einem verhängnisvollen Zusammenhang. Und genauso wie herrschende Politik MigrantInnen in nützliche und nutzlose selektieren will, genauso verlogen hängt ihre Bereitschaft Krieg zu führen vor allem auch davon ab, ob es im nationalen und wirtschaftlichen Interesse nützlich ist, wie jetzt im Irak. In diesem "Interesse" wird 2003 einerseits der völkerrechtswidrige Angriffskrieg im Irak offiziell abgelehnt, mittels Überflugrechten, Beteiligung am AWACS-Einsatz... aber dennoch unterstützt.

Vor zehn Jahren wurden – nicht zuletzt als Lehren aus den Brandanschlägen– Forderungen nach gleichen sozialen und politischen Rechten für alle hier lebenden Menschen,

nach einer neuen, solidarischen Form des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religion, Geschlecht und Kultur

 nach menschenwürdigen Verhältnissen für Flüchtlinge u.a. auf Ämtern, in Schulen, in Wohnungen und Übergangsheimen wie im Arbeitsprozess,

erhoben. Diese Ansprüche bestehen zehn Jahre danach umso mehr.

Wir freuen uns, wenn Ihr oder Eure Organisation diesen **Aufruf** mit **unterstützt**. Ihr könnt den Aufruf und die Demonstration unterstützen, wenn Ihr uns eine kurze Mail (<u>solinger-appell@operamail.com</u>) schreibt. Wir setzten Euch dann unter den Aufruf bzw. zukünftigen Demonstrationsankündigungen.

Wir setzen Euch bei Rückmeldung sofort auf den nächsten Druck des Aufrufes – bitte meldet Euch aber bis spätestens 14.05.2003 bei uns.

Auf Eure Meinung und Hilfe sind auch wir stets angewiesen, wir laden Euch hiermit auch noch mal ganz herzlich zur Mitarbeit ein.

Danke,

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Vorbereitungstreffen zur Demonstration finden im Café Courage (s.o.) in Solingen-Mitte am

Do. 8.5., 20h; Do. 15.5. 18h und Do. 22.5. 20h statt. Demonstrationsaufruf mit weiteren Angaben im **Internet**: www.tacheles-solingen.de

Spenden für die Demonstration: Solinger Appell, Kontonummer 572187434, BLZ 36010043

Bisherige UnterstützerInnen:
AStA der Uni Wuppertal
antifaschistisches Bündnis "Wuppertal stellt sich quer"
Antifa Wuppertal
autonomes zentrum Wuppertal
DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine e.V.)
Informationsbüro Nicaragua e.V.
JungdemokratInnen / Junge Linke NRW
kein mensch ist illegal – Wuppertal
Öffentlichkeit gegen Gewalt Köln e. V.
Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/BdA KV SG
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/BdA NRW

mit Herz und Hand

Aktionsmonat zum zehnjährigen Gedenken an den Brandanschlag von Solingen

- **21.5. 10.00-16.30** h Training interkultureller Kommunikation im Jugendhaus für Hauptberufliche in der Jugendarbeit in der Ev. Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof.
- **23.5.** Der Migrantenausschuss des Landes tagt in Solingen
- **24.5.** Integratives Spielfest. Veranstalter: Behindertenbeirat, Zuwi, Sport- und Kulturzentrum Ittertal, JSR. Im Sport- und Kulturzentrum Ittertal
- **28.5.** "Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg" oder "Wie wehre ich mich gegen Stammtischparolen?". Veranstalter: VHS Solingen, InterJu. Im Forum der VHS
- **29.5. 12.00 h** Kundgebung / **13 h** Demonstration anlässlich des 10. Jahrestages des Brandanschlages in Solingen. Veranstalter: Solinger Appell u.a. (siehe Aufruf auf Seite 7), Beginn um 12.00 Uhr auf dem Rathausparkplatz / Konrad-Adenauer-Str.
- **29.5. 16.00 h** Öffentliches Gedenken mit Bundespräsident Johannes Rau, Untere Wernerstraße
- **29.5. 19.00 h** "Stilles Gedenken", veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, SOS Rassismus und Mildred-Scheel-Schule, Mahnmal, Mildred-Scheel-Schule, Beethovenstraße 225
- **31.5. 14.00 h** Jugendaktion Nordstadt: Spielfest mit Kaffee, Kuchen und Grill, Veranstaltet von der AG Freie Wohlfahrtspflege, Jugendförderung Solingen und dem Haus der Begegnung in der Van-Meenen-Straße
- **02.6.-6.6.** Internationale Kinder- und Jugendfilmwoche, veranstaltet von der Jugendförderung Solingen und dem Cobra- Kulturzentrum im Kino in der Cobra, Merscheider Str. 77-79 **2.6.-26.7.** Ausstellung "Geschichte aus der Nähe": Karikaturen und Zeichnungen des tschechischen Grafikers
- Josef Capek, in der Geschwister-Scholl-Schule und im Schulzentrum Vogelsang. Veranstalter: InterJu u.a. Infos: 77653
- **4.6. 9.30 h** Fachtagung Gewaltprävention: Ansätze für ein Handeln in der Zukunft. Veranstalter: Jugendförderung u.a. Im Forum der VHS, Mummstr. 10
- **4.6.** Nordrhein-Westfälische Migrationsgespräche. Zum 10ten Jahrestag diskutieren Dr. Herbert Schnoor und Prof. Wilhelm Heitmeyer, Veranstalter: Landeszentrum für Zuwanderung NRW u.a. Ort: Theater- und Konzerthaus, Konrad-Adenauer-Str. 71
- **5.6.-6.6. 14.00 h** "Das bin Ich". Fortbildung für ErzieherInnen und Grundschullehrkräfte, Veranstalter: RAA Solingen
- **7.6. 19.30 h** Theaterstück "Barfuß Nackt Herz in der Hand": Seit 25 Jahren lebt Ali nun in Deutschland. Dieses Glück wird ihm nun zerstört. Ein Brandanschlag auf sein Haus raubt ihm seine Frau und einen Sohn. Arkada°-Theater, Veranstalter: Kulturbüro Solingen und RAA. Theater Solingen

- **10.6. 19.00** h Fachtagung zum Thema politische Partizipation. Podiumsdiskussion zu Modellen der politischen Partizipation von Zugewanderten in NRW. Veranstalter: Ausschuss für Zuwanderer und Integrationsangelegenheiten der Stadt SG
- 11.6. 10.00 h Fachtagung Gewaltprävention "Eine Welt der Vielfalt": Trainingsprogramm für Kinder und jüngere Jugendliche, Veranstalter: ev. Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof e.V. im Hackhauser Hof, Hackhausen 5b 11.6. 19.45 h Referat: "Der Prophet Mohammed im Dialog mit Juden und Christen". Veranstalter: DITIB Türkisch-Islamische Gemeinde Wald, DITIB-Moschee, Altenhofer Str. 100c 15.6.-13.7. Fotoausstellung von Jörg Lange und Frank Hoffmann. Die Fotografien dokumentieren Ereignisse vom 29.5. bis zum 15.6. 1993 in Solingen. Eröffnung 15.6. 11.00 h im Foyer im Theater- und Konzerthaus
- **17.6.** "Nicht auf den Mund gefallen" oder "Zivilcourage fängt beim Argumentieren an". Veranstalter: VHS Solingen, im Forum der VHS, Mummstr. 10
- **18.6. 18.00 h** Über Ursachen des Faschismus und Perspektiven des Antifaschistischen Kampfes. Podiumsdiskussion. Veranstalter MLPD in Kooperation mit dem Frauenverband Courage, Naturfreunde. Im Forum der VHS **18.6.-22.6. und 7.-9.11** "Was willst du? Mach mich nicht an!" Streitvermittlung Mediation im Jugendhaus. Eine Ausbildung für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit. Ev. Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof
- **21.6. 18.00 h** "Stark ohne Gewalt". Landesweiter Musikwettbewerb für Schülerbands aus NRW. Abschlussveranstaltung und Präsentation der Siegerbands. Veranstalter: Jugendförderung Solingen und Fokolar-Bewegung Solingen. Im Theater- und Konzerthaus
- 23.6. 11.00 h Projekttag "Stark ohne Gewalt". Workshop für Schüler und Jugendliche mit der Band Gen Rosso (ab 14 Jahren). Infos: Frau Friege, 65 98 20. Veranstalter: Fokolar-Bewegung und Geschwister-Scholl-Schule, in der Querstr. 42
- 22.6. 10.00 h Fußballcup Solingen ohne Grenzen: von 10-14 und von 15-22 Jahren. Anmeldung bis Ende Mai bei der Jugendförderung, 290 27 61. Veranstalter: Jugenförderung, Stadtjugendring, JZG, Die 10, RAA in der Freizeitanlage Bärenloch, Bolzplätze
- 24.6. 14.00-16.00h Ausstellung: 10 Jahre "Weiße Rose" Veranstalter: Geschwister-Scholl-Schule

- **26.6. 19.30 h** Ausstellung "Das Kopftuch" und Referat zur Ausstellung von Prof. Dr. Veronika Fischer. Veranstalter: Christlich-Islamischer Gesprächskreis des e.V. Kirchenkreises Solingen im evang. Altenzentrum Cronenberger Str.
- **27.6.** Projekt "Freundschaft" Kinder und Eltern am Mahnmal an der Mildred-Scheel-Schule. Veranstalter: Kindertagesstätte Elele **27.6.-29.6.** Jugendkultur am Bahnhof, Hauptbahnhof Solingen
- **28.6. 18.00 h** Christlich-Islamische Feier "Frieden und Zusammenleben der Völker in Solingen". Veranstalter: Christl.-Islam. Gesprächskreis u. a., in der evang. Kirche Mangenberg, Sandstr.
- **29.6. 11.00** h Der jüdische Friedhof in Solingen lebendiger Lernort für Toleranz und Versöhnung. Veranstalter: Gesamtschule Sg. AG jüdischer Friedhof. Gesamtschule Solingen, Wupperstr. 126
- **30.6.-5.7.** Jugendkulturtage Theater Solingen/ Rhein. Industriemuseum
- **30.6. 19.30** Konzert Grupo Sal mit Lesung von Dorothee Sölle. Veranstalter: Förderverein Jinotega, mit dem evang. Kirchenkreis in der Martin-Luther-Kirche, Martin-Luther-Str./Kölner Str.
- **2.7.-5.7.** Walder Theatertage, Friedrich-Albert-Lange-Schule
- **5.7. 19.30 h** Abschlussveranstaltung der Jugendkulturfestivals und der Walder Theatertage. Theaterperformance "Liebe und... und Mut?" und vieles mehr
- **19.7.** "Leben braucht Vielfalt" Fest mit vielen ausländischen Vereinen und Umweltgruppen auf dem Fronhof und auf dem Alten Markt **25.7.-26.7.** "Vom anders- und gleich-sein" Musical und Tänze der Kindertagesstätte Vorspel
- Alternative Stadtrundfahrt: Angefahren wird u. a. das Mahnmal und der jüdische Friedhof. Auf Anfrage für Gruppen. Info: Herr Koch, 20 666 12



Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 11-18 Uhr
jeden Dienstag ab 13 Uhr Mittagstisch
jeden Mittwoch und Freitag ab 15 Uhr
Kaffee und Kuchen
Samstag 11-15 Uhr (Familientag)

Außerhalb der Öffnungszeiten kann das Café für Veranstaltungen und Feste gemietet werden.



Eskalation in Wuppertal

Polizei schützt Naziaufmarsch - Zeuge der Staatsanwaltschaft: Neonazi Christian Worch!

er Rat der Stadt ruft daher erneut alle ■ Bürgerinnen und Bürger auf, in Wuppertal kein rechtsradikales Gedankengut zu dulden." Sprach der Rat in Wuppertal am 5. Oktober 2002 und genau das taten die demonstrierenden BürgerInnen am 11. Januar. Wieder hatten Nazis zum Aufmarsch geladen und wieder überstieg die Zahl der GegendemonstrantInnen die Anzahl der Rechtsradikalen um ein Vielfaches. Viele hundert waren dem Aufruf zur Gegendemo gefolgt, unwissend, dass die Mitveranstalter kurz vor dem angekündigten Aufmarsch die Veranstaltung auf den Rathausvorplatz verlegt hatten. Dort wurden nun wieder blumige Reden gegen Rechts gehalten, fern ab vom Aufmarschgebiet der Neonazis um Christian Worch. Ein paar Hundert GegendemonstrantInnen zeigten jedoch die im Vorfeld oft eingeforderte Zi-

vilcourage: sie blieben am Bahnhof, um dem rechten Gesindel ihre Ablehnung vor Augen zu führen - Angesichts deutscher Geschichte und gegenwärtiger Ratsmeinung taten sie also nichts anderes als ihre BürgerInnenpflicht. So wurde es eng auf den Bahnsteigen des Bahnhofs und der Einsatzleitung der Polizei musste zu diesem Zeitpunkt schon klar sein, dass durch diesen starken Protest eine Entscheidung zwischen Zivilcourage und Nazi-Aufmarsch zu treffen ist. Alle, die in Geschichtsunterricht aufgepasst haben, wird es nicht überraschen, dass die Reaktion von "Ordnungskräften" und "Justiz" zu Gun-

sten der Faschisten ausfiel. Brutal wurde nun gegen die DemonstrantInnen vorgegangen,

der Bahnsteig gewaltsam geräumt und 68 Personen festgenommen. So machten die OrdnungshüterInnen kurzen Prozess mit der Zivilcourage, schließlich näherte sich auch der Zug mit Nazis. Für Worch und Konsorten war der Weg nun freigeprügelt und sie zogen unter Polizeischutz durch die Stadt. Obwohl der Ablauf nun gesichert war, wurde noch weiter verhaftet. Viele kleine Gruppen wurden im Laufe des Tages "festgesetzt", insgesamt ca. 130 Personen an diesem Tag!

Inzwischen haben viele der Verhafteten die Quittung für ihr Engagement gegen die Nazis in Form von Strafbefehlen erhalten und es wird klar, dass die Staatsanwaltschaft we-

nig von Zivilcourage dieser Art hält: Sie fährt einen harten Kurs, betreibt die Verfahren zügig und verhängt hohe Geldstrafen, um den Widerstand zu brechen. Als Zeuge der Vorgänge nennt sie ausgerechnet den Hamburger Nazi Christian Worch, der als ein Nachfolger von Michael Kühnen gilt und den Aufmarsch angemeldet hatte. Offenbar scheint es auch in Wuppertal nun Strategie zu sein, Nazis zu beschützen und ihre Gegner zu kriminalisieren - keine Spur von Zivilcourage gegen Rechts im Staatsapparat. Als Werkzeug dient das Versammlungsrecht § 21, denn mit ihm kann nahezu jeder Protest kriminalisiert werden, da jegliche Störung unabhängig von ihrem Erfolg strafbar ist, die das "übliche Maß" übersteigt. Wann das "übliche Maß" an Faschismus für Justiz und Polizei überschritten ist, bleibt dabei Geheimnis...

infos unter www.wuppertal-dichtmachen.de
Kontakt: ea-wuppertal@freenet.de



Christian Worch, Organisator des Nazi - Aufmarsches



Garten-Garten-Garten-Garten-Garten-C 1212-817373en-Garten-Garten-C





Räumung des Bahnhofsvorplatzes

Appellmitglieder aktiv bei der US-Air-Base-Blockade

Anzeige gegen Schröder und Fischer beim Generalbundesanwalt

Die eindrucksvollen weltweiten und lokalen Proteste und Demonstrationen sowie der ungewohnt starke diplomatische Widerstand selbst engster Verbündete in internationalen Gremien wie der UN, haben die USA und andere Staaten der "Koalition der Willigen" nicht vor einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf den Irak abgehalten. Die ersten Kriegswochen zeigen, dass es keinen

"sauberen Krieg" gibt, der sich vor allem gegen Terroristen oder Diktatoren richtet. Auch dieser Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Opfer sind in erster Linie die einfachen Menschen: Kinder, Mütter, Väter - die Zivilbevölkerung.

Die Ächtung des Angriffskrieges durch die UN-Charta war ein historischer Fortschritt. Schon im "Kosovo-Krieg" von 1999 wurde dieses völkerrechtliche Tabu gebrochen. Die deutsche Bundesregierung gehörte diesbezüglich zu den treibenden Kräften. Auch wenn Deutschland (außer Merkel & Co.) sich diesmal nicht offen zur "Koalition der Willigen" bekennt, so stellt unser Land - nach den USA -

heute die zweitgrößte Zahl von SoldatInnen bei internationalen Auslandseinsätzen. Die Bundesrepublik ist auch diesmal, wie im 1991er Golfkrieg, eine entscheidende Basis für Aufmarsch. Nachschub. Vorsorgung und logistische Führung für diesen Krieg. Über Militärflughäfen wie Ramstein, Spangdahlem und die Rhein-Main-Air-Base in Frankfurt, per Bahn und Häfen wie Emden und Bremerhaven fanden und finden Truppen- und Kriegsmaterialtransporte in die Golfregion statt. Der hoheitliche Luftraum wird auch von "Drittländern" für weitere Kriegstransporte genutzt. In Frankfurt starteten vor dem Kriegsbeginn perfider und fälschlicher Weise als Hilfstransporte für Afghanistan deklariert - vierzig Großraumflugzeuge pro Tag. Nach Kriegsbeginn waren es hundert. Der Frankfurter Flughafen ist der größte Militärfrachthafen der US-Streitkräfte außerhalb der USA und damit eine entscheidende Drehscheibe für diesen Krieg. Über das EUCOM bei Stuttgart, die zentrale Kommandozentrale der USA für Europa, Afrika und den Nahen Osten, wird der Irak-Krieg logistisch koordiniert. In Heidelberg ist das US-Hauptquartier für die Landstreitkräfte außerhalb der USA. Von Geilenkirchen bei Aachen

wurden AWACS-Flugzeuge in die Türkei verlegt. Die am Horn von Afrika stationierten Schiffe der Bundesmarine geben US-Kriegsschiffen Geleitschutz. In Kuwait stehen deutsche Panzer für den ABC-Schutz der US-Truppen bereit. Die Bundeswehr entlastet die USA in Afghanistan durch die personelle Aufstokkung ihrer Besatzungstruppen von 1280 auf 2200 SoldatInnen. 7000 BundeswehrsoldatIn-



Blockade des Haupttors an der US-Air-Base am 29.03.2003

nen sind für die Bewachung der insgesamt 13 US-Standorte in Deutschland abkommandiert. Das bedeutet, dass 7000 weitere US-SoldatInnen für den Krieg freigesetzt wurden. Tausende deutsche PolizistInnen schützen US-Einrichtungen vor gewaltfreien Protesten und Blockaden, welche zur Verteidigung des grundgesetzlichen Verbots der Beteiligung an Angriffskriegen stattfinden.

Im §80 des Strafgesetzbuch (besonderer Teil, erster Abschnitt) heißt es:

"Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs.1 GG), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft."

Stellvertretend für den Solinger Appell haben fünf Mitglieder unseres "Forum gegen Krieg und Rassismus" Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer sowie den US-Präsidenten Bush bei der Generalbundesanwaltschaft wegen Führung eines solchen An-

griffskrieges angezeigt. Vier Mitglieder des Solinger Appells beteiligten sich am 29. April gemeinsam mit 2500 KriegsgegnerInnen an der Blockade der Rhein-Main-Air-Base, wobei zwei von ihnen nach sieben Stunden Sitzblokkade vor dem Haupttor des Flughafens, gemeinsam mit 580 anderen TeilnehmerInnen an der von "resist" organisierten Aktion, von Polizisten weggetragen und in Gefangenen-

transportwagen abtransportiert

Wenn sich die bundesdeutsche Regierung im Gegensatz zu den NATO-Angriffskriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan jetzt als "Speerspitze der Friedensbewegung" (Bütikofer) gebärdet, so ist das eine Farce. Auch für die rot/grüne Bundesregierung ist Krieg nicht letztes Mittel, sondern mittlerweile schon zu einem selbstverständlichen Mittel der Außenpolitik geworden. Laut Kriegsminister Struck wird Deutschland ia bekanntlich auch "am Hindukusch verteidigt". Ob sich die Bundesrepublik an einem Krieg beteiligt oder nicht, wird vor allem von nationalstaatlichen und wirtschaftlichen Eigeninteressen bestimmt. Im Irak haben deutsche Firmen. z.B. im Maschinenbausektor und im Anlagenbau, beachtliche Investitionen getätigt. Die Bundesre-

publik war ein führender Partner im offiziellen Außenhandel des Irak. Die deutschen Exporte in den Irak haben sich von 1997 bis 2001 verfünfzehnfacht: von 21,7 Mio. Euro auf 336.5 Mio. Euro. Allein in den ersten drei Monaten 2002 stieg der deutsche Export in den Irak um 46,6%. Deutsche Firmen hatten große Erwartungen und berechtigte Hoffnungen auf gigantische Geschäfte nach dem Ende des US-Embargos gegen den Irak. Die USA (in Folge ihrer Embargopolitik) und Großbritannien (als ehemalige Kolonialmacht) spielten dort nur eine marginale Rolle. Zur Korrektur dieses Verhältnisses setzten sie auf Krieg, während Länder wie Frankreich, Russland und Deutschland fürchteten, durch einen von der USA angeführten Krieg dort an Einfluss zu verlieren. In diesem Sinne ist der Irak-Krieg auch ein Stellvertreterkrieg von wirtschaftlichen Konkurrenten innerhalb der NATO um "den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" (Verteidigungspolitische Richtlinien der Bundeswehr). Die Ursachen der bisherigen Weltkriege waren im Kern ja auch inner-imperialistische Auseinandersetzungen um eine Neuaufteilung der Welt in bestimmte Einfluss-



sphären. Gegenüber dem arroganten Unilateralismus der Bush-Administration sowie dem aggressiven Marktradikalismus der neuen "pax americana" befürchtet allen voran Deutschland, wieder einmal als Global Player zu kurz zu kommen. Das soll diesmal gemeinsam mit Frankreich und Russland, das in Tschetschenien selbst einen völkermörderischen Kolonialkrieg führt, verhindert werden. Die Konsequenz aus der "Friedenspolitik" der Bundesregierung in Sachen Irak-Krieg ist deshalb auch die geplante Erhöhung des Rüstungshaushaltes sowie der Aufbau einer 60.000-köpfigen EU-Interventionstruppe unter der Führung Deutschlands und Frankreichs. So könnte die taktisch bedingte Anti-Kriegshaltung der Bundesregierung vorrangig dem strategischen Ziel der Installierung eines auch militärisch gleichwertigen europäischen Rivalen zur USA dienen. Diese europäische Weltmacht-Variante wäre sicherlich keine friedlichere und gerechtere Alternative zur derzeitigen US-Dominanz. Die Friedensbewegung wäre gut beraten, sich von solchen falschen Friedens-Freunden aus dem Regierungslager, die schon beim nächsten Krieg wieder mit an vorderster Front stehen könnten, zu distanzieren. Keinen Grund gibt es auch für die Friedensbewegung, irgendeine Spielart des arabischen Nationalismus oder des islamischen bzw. des christlichen Fundamentalismus zu verteidigen. Solinger Appell



Der Schriftsteller und Filmemacher Michael Moore ("Stupid White Men", "Bowling for Columbine") hat sich am 17.März 2003 in einem offenen Brief an seinen Präsidenten gewandt. Hier der Wortlaut des Schreibens in deutscher Sprache. (die ungekürzte Fassung gibt's im Internet).

Lieber Gouverneur Bush,

heute ist also der Tag, an dem, wie Sie es nennen, die "Stunde der Wahrheit" gekommen ist, der Tag an dem "Frankreich und der Rest der Welt ihre Karten auf den Tisch legen müssen". Ich bin froh, dass dieser Tag nun endlich da ist. Denn, das muss ich Ihnen sagen, nach 440 Tagen mit Ihren Lügen und Ihren Halbwahrheiten war ich nicht sicher, ob ich das noch länger ausgehalten hätte. So bin ich beruhigt zu hören, dass heute der Tag der Wahrheit gekommen ist, denn ich möchte Ihnen gerne ein paar Wahrheiten mitteilen:

- 1. Es gibt im Grunde genommen NICHT EINEN in Amerika (ausgenommen Talk-Radio-Spinner und Fox News), der Gung-Ho-mäßig [Gung Ho ist ein Plastiksoldat, Anm. d. Red.] wild darauf ist, in den Krieg zu ziehen. Vertrauen Sie mir in diesem Punkt. Gehen Sie aus dem Weißen Haus heraus in irgendeine Straße und versuchen Sie, fünf Leute zu finden, die leidenschaftlich gerne Iraker umbringen möchten. SIE WERDEN SIE NICHT FINDEN! Warum? Weil keine Iraker jemals hierher gekommen sind und einen von uns getötet haben. Kein Iraker hat jemals gewagt, dies zu tun. Sie sehen, so denken wir Durchschnitts-Amerikaner: Wenn irgend jemand irgendetwas tut, was nicht als Angriff auf unser Leben wahrgenommen wird, dann glauben Sie es oder nicht wollen wir ihn nicht töten. Lustig, wie so was läuft. (...)
- 4. Der Papst hat gesagt, der Krieg sei falsch, er sei eine SÜNDE. Der Papst! Aber es kommt sogar noch schlimmer: Die Dixie Chicks sind nun auch gegen Sie. Wie tief muss es noch mit Ihnen bergab gehen, bevor Sie merken, dass Sie eine Armee von nur einem Menschen in diesem Krieg sind. Natürlich ist das ein Krieg, in dem Sie nicht persönlich kämpfen müssen. Genauso als Sie sich unerlaubt von der Truppe entfernten und die anderen armen Kerle statt Ihrer nach Vietnam verschifft wurden.
- 5. Von den 535 Mitgliedern des Kongresses hat nur EINER (Sen. Johnson aus South Dakota) seinen Sohn oder seine Tochter beim bewaffneten Militär eingetragen. Wenn Sie wirklich für Amerika einstehen wollen, schicken Sie bitte sofort Ihre Zwillingstöchter nach Kuwait

und lassen Sie sie dort Ihre chemischen Armee-Sicherheitsanzüge tragen. Und lassen Sie uns sehen, ob alle Mitglieder des Kongresses mit Kindern im militärfähigem Alter ihre Kinder für diesen Kriegseinsatz opfern würden. Was haben Sie gesagt? Das glauben Sie nicht? Gut, okay, wissen Sie was - das glauben wir auch nicht!

6. Schlussendlich: Wir lieben Frankreich. Gut, sie haben einige Dinge richtig verbockt. Ja, einige von ihnen können sogar verdammt nerven. Aber Sie haben vergessen, dass wir dieses Land [die USA] nicht mal als Amerika gekannt hätten, wenn es die Franzosen nicht gegeben hätte. (...) Und nun tun sie das, was nur ein guter Freund tun kann - Ihnen die Wahrheit über Sie, Mr. Bush, sagen, geradeheraus und ohne Umschweife. Hören Sie auf, auf die Franzosen zu pinkeln, und danken Sie ihnen, dass die es endlich einmal richtig machen. (...) Hey, nehmen Sie es nicht so tragisch - jetzt kommen die guten Neuigkeiten: Wenn Sie diesen Krieg wirklich durchziehen, wird er mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit schnell vorbei sein, denn ich schätze, dass

es nicht viele Iraker gibt, die ihr Leben zum Schutze Saddam Husseins lassen wollen. Nachdem Sie den Krieg gewonnen haben, werden Sie einen

enormen Zuspruch in der Bevölkerung erfahren, da jeder Gewinner liebt - und wer möchte nicht ab und zu einen ordentlichen Arschtritt sehen (vor allem, wenn es ein Dritte-Welt-Arsch ist). Also, versuchen Sie Ihr Bestes und tragen Sie diesen Sieg den ganzen Weg bis zur Wahl im nächsten Jahr mit sich. Natürlich ist das noch ein weiter Weg, und so haben wir alle noch eine lustige Zeit vor uns, während wir zugucken, wie die Wirtschaft immer weiter den Bach runtergeht! Aber,

Augen der Furcht furchtbare Augen tote Augen kalte Augen keine Augen Auglöcher Tod – kein Blick

ein Augenblick im Krieg.

Emilia

Mensch, wer weiß, vielleicht finden Sie ja Osama ein paar Tage vor den Wahlen! Sehen Sie, SO müssen Sie denken! Bloß nicht die Hoffnung aufgeben! Tötet Iraker - sie haben unser Öl!!!

Der Solinger Appell / Forum gegen Krieg

UNG RASSISMUS gründete sich 1993 anlässlich des Brandanschlags. Wir organisieren Veranstaltungen und Aktionen gegen Rassismus und Antisemitismus und setzen uns für die Rechte von Flüchtlingen ein. Wir haben uns am erfolgreichen Widerstand gegen die Verschärfung der Solinger Straßenordnung beteiligt und organisierten Protestaktionen gegen die Kriege Deutschlands gegen Jugoslawien und Afghanistan und den US-Krieg gegen den Irak. Gemeinsam mit anderen Gruppen planen wir die Demonstration am 10. Jahrestag des Brandanschlages.

Wir freuen uns über Interessenten und neue Mitglieder! Der Solinger Appell trifft sich alle 14 Tage donnerstags um 20.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3. Die nächsten Treffen finden am 8. und am 22. 5. statt. solinger-appell@operamail.com



Hochachtungsvoll Michael Moore

Offener Brief an Reiner Daams

Lieber Reiner Daams,

per Rundbrief an die elektronischen Mitglieder des "Solinger Friedensforums" hattest Du kurz nach der großen Anti-Kriegsdemonstration vom 15. März Deinen politischen Unmut über den DGB-Vorsitzenden Hans Peters geäußert. Ich will in diesem Offenen Brief zwei Punkte Deines Schreibens thematisieren, die Du ganz offensichtlich ohne jegliche Sachkenntnis beurteilst, die Gewaltfrage und die des Anti-Amerikanismus.

1. Gewaltfrage: Artikel 2, Absatz 4 der Satzung der UNO dekretiert das allgemeine Gewaltverbot. Wohl gemerkt, Gewaltverbot, nicht etwa nur Kriegsverbot. In den internationalen Beziehungen gilt also als alleroberste Maxime, dass jegliche Form von Gewaltanwendung verboten ist, nicht bloß jene in Form eines rechtlich angeordneten Krieges. Zwei Sachverhalte sind zu wiederholen: "jegliche Form" und "verboten". Du magst für Dich formulieren, dass Du Gewalt als Mittel der Politik nicht ausschließt. Du solltest dann aber auch öffentlich formulieren, dass Du Dich mit

dieser Position jenseits der UNO aufhältst. Der gegenwärtige Krieg gegen den Irak ist nicht nur "illegitim" (wie Du schreibst), er ist vor allem auch illegal.

Du rechtfertigst in Deinem Brief militärische Mittel dann, wenn sich die "Weltgemeinschaft" "gegen kriegerische Gewalt" zur Wehr setzen müsse und wenn "Völkermord" verhindert werden könne. Sorry, Reiner: aber dies ist völkerrechtlicher Quatsch. Eine "Weltge-

meinschaft" als völkerrechtliches Subjekt gibt es nicht (wohl aber die Vollversammlung oder den Sicherheitsrat der UNO), Bürgerkriege gelten (auch nach dem Kosovo-Krieg) bei allen Völkerrechtlern als interne Angelegenheit eines Staates, und der rechtlich präzise bestimmte Begriff des Genozids traf weder auf den Kosovo noch auf Afghanistan zu (wohl aber auf Ruanda).

Bereits der Kosovo-Krieg war völkerrechtswidrig, weil ohne Mandat des Sicherheitsrates erfolgt, er war grundgesetzwidrig, weil sich deutsche Soldaten an einem Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat beteiligten, und er beinhaltete außerdem einen Rechtsbruch des NATO-Vertrages von 1949, da keinerlei bewaffneter Angriff auf das Gebiet eines Vertragsstaates vorlag. Das deutsche Grundgesetz kennt nur drei Einsatzmöglichkeiten für die Bundeswehr: 1. Landesverteidigung, 2. Katastrophenhilfe und 3. den sogenannten inneren Notstand. Sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr (besonders ohne ein Ent-

sendungsgesetz) sind verfassungswidrig (auch wenn der Generalbundesanwalt anders argumentiert). Dass der gegenwärtige Krieg gegen den Irak völkerrechtswidrig ist, will ich nicht weiter begründen, weil es so offensichtlich ist, dass man diese Argumente inzwischen sogar im "Solinger Tageblatt" nachlesen kann.

Ich will nicht in einer Welt leben, in der das Völkerrecht keine verlässliche Grundlage mehr für die Anwendungsmöglichkeit militärischer Gewalt liefert. Im Gegensatz zu vielen Politikern trage ich (als Wissenschaftler und Gewerkschafter) Grundgesetz und Völkerrecht ständig unter dem Arm. Nach dem Vorbild der französischen stünde es der deutschen Regierung gut an, den US-amerikanischen Völkerrechtsbruch offen als das zu benennen, was er ist: Illegalität, Macht- über Rechtsanspruch, Unilateralismus, Zerstörung der UNO, Ende einer multipolaren Nachkriegsordnung seit 1945, Ende der friedensrechtlichen Bemühungen zur Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen seit dem Westfälischen Frieden von 1648. Die Berliner Regierung sollte den Völkerrechtsbruch auch des-



wegen offen als solchen benennen, weil nur auf dieser Grundlage eine rechtlich verbindliche Nachkriegsordnung im Irak durch den Sicherheitsrat der UNO zu gewährleisten ist. Geschieht das nicht, wird die Rolle der UNO auf die einer Schülermitverwaltung reduziert: Sie darf dann unter Anleitung Suppen und Dekken verteilen.

2. Anti-Amerikanismus: Zwischen den USA und Europa gibt es viele Gemeinsamkeiten. Es gibt aber auch folgende Unterschiede. Im Gegensatz zu den USA steht Europa in der Tradition eines Sozialstaates (mit u.a. starken Gewerkschaften), misst dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit eine größere Rolle zu, stellt den Begriff der individuellen Würde vor den der Freiheit und relativiert den Wert des Marktes durch den des öffentlichen Gutes (Bildung, Gesundheit). Vor allem unterscheiden sich die USA und Europa in der Größe ihrer Märkte. Kann sich die US-amerikanische Volkswirtschaft wegen ihrer Größe aus sich selbst heraus dynamisieren, brauchen die

europäischen Kleinökonomien (trotz EU), um überleben zu können, vielfältigere Außenwirtschaftsbeziehungen als die USA, und genau deswegen eine grundsätzlich auf Frieden, Ausgleich, Kompromiss, Toleranz, Austausch und Fairness ausgerichtete Außenpolitik.

Angesichts einer US-amerikanischen Hegemonialpolitik mit Völkerrechtsbrüchen geht es nicht um einen "Anti-Amerikanismus der 80er Jahre in Reinkultur" (so Dein Vorwurf an Hans Peters), sondern um eine friedliche Neubestimmung Europas aus sich selbst heraus (und ohne die USA). Jede Krise birgt in sich die Chance auf einen Neuanfang. Der Irak-Krieg ist eine solche Chance für Europa (auch wenn das zynisch klingt). Genau zu diesem Thema einige Sätze von Egon Bahr aus seinem Interview in "Die Welt" vom 8. März 2003: "Europa sollte eine erkennbare Alternative in seinem Gesellschaftsmodell, in seiner Bewaffnung und in seiner Politik entwickeln, damit die islamische Welt nicht nur die eine geschlossene westliche Welt wahrnimmt, sondern sieht, dass es zwei westliche Modelle von Politik und Gesellschaft gibt. (...) Es wäre

schade, wenn die Europäer versagten. Sie blieben sicherheitspolitisch ein Protektorat der Amerikaner, wie es Brzezinski formulierte. (...) Wenn die Europäer bei dieser Gelegenheit nicht aufwachen, dann weiß ich nicht, was passieren soll, damit sie endlich aufwachen werden."

Zum Schluss möchte ich noch Fragen Deines politischen Stils berühren. Du arbeitest beruflich z.Zt. als einer von vielen hundert Mit-

arbeitern in einem von vielen hundert Ministerien in Deutschland, übst aber hier in Solingen keinerlei politisches Mandat aus. Dennoch hast Du Dir bislang als Einziger das Recht heraus genommen, im elektronischen Verteiler des "Solinger Friedensforum", der eigentlich nur für die Organisation des Forums gedacht ist, politische Gegner inhaltlich zu attackieren. Erstens ist das ein mieser Stil, zweitens sehe ich keine Legitimation dafür, dass Du Dich in Solingen so wichtig nimmst und drittens hast Du so gut wie keine fachliche Kompetenz in Völkerrecht und Außenpolitik. Bei mir als Professor für Politikwissenschaft hättest Du Dir fachlichen Rat in Staatsund Völkerrecht einholen können, und als gewählter stellvertretender Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft Verdi im Bezirk Rhein-Wupper vertrete ich rund 18.000 Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen.

> Mit freundlichen Grüßen Dein Prof. Dr. Jörg Becker



Solinger Straßen mit berühmten Namen...

eine tacheles-Serie Nr. 6:

Annette von Droste-Hülshoff (12.1.1797 - 24.5.1848)

Mitten in einem Neubaugebiet in Aufderhöhe befindet sich die Straße zu Ehren von Annette von Droste-Hülshoff, Wer war die Frau, die die Herren Rilke, Kleist und Hölderlin dort zu ihren Nachbarn zählen darf?

Anna Elisabeth Franziska Maria Adolphina Wilhelmina Ludowica Freiin von Droste-

Hülshoff - wie sie richtig hieß - wurde am 12.01.1797 auf Schloß Hülshoff bei Münster geboren. Die Familie gehörte zum westfälischen Uradel. Im Sommer 1813 traf sie während eines Aufenthalts in Bökendorf bei ihrem Großvater auf Wilhelm Grimm und ließ sich, wie viele andere auch, von ihm dafür begeistern, an der Sammlung von Volksliedern und Märchen teilzunehmen; dort auch begegnete sie zum ersten Mal dem Stoff, aus dem ihr einzig vollendetes Prosawerk, "Die Judenbuche", entstehen sollte. Als sie sich 1820 in Heinrich Straube verliebt, einen Jura-

studenten mit Dichterambitionen, wird das Verhältnis durch eine Intrige ihrer Familie zunichte gemacht. Dieses Erlebnis einer grausamen, gnadenlosen Welt prägt ihr weiteres Leben.

Der erste Gedichtband wird veröffentlicht

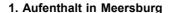
Nach dem Tod des Vaters 1826 zieht sie um in das Rüschhaus bei Münster, dem Witwensitz der Mutter. Immer wieder wird Annette von Erstickungs- und Fieberanfällen heimgesucht, die sie ihr ganzes Leben begleiten. 1834 heiratet die Schwester den Germanisten Laßberg und zieht zu ihm in die Schweiz. Annette besucht sie dort ein Jahr später. Begeistert ist sie von der Landschaft, den Bergen und Wäldern. 1838 wird ihr erster Gedichtband veröffentlicht, doch die Resonanz ist niederschmetternd, nur wenige Exemplare werden verkauft. "Mit meinem Buche", schrieb sie in einem Brief an ihre Schwester, "ging es mir zuerst ganz

schlecht. [...]. Ferdinand Galen gibt die erste Stimme, erklärt alles für reinen Plunder, für unverständlich, konfus und begreift nicht, wie eine scheinbar vernünftige Person solches Zeug habe schreiben können. Nun tun alle die Mäuler auf und begreifen alle miteinander nicht, wie ich mich habe so blamieren kön-

> nen." Die Borniertheit war nicht nur auf ihre adelige Umgebung beschränkt; nur wenige, so Jakob Grimm z.B., erkannten die Größe dieser Dichterin, die heute als die bedeutendste des 19. Jhds. gilt.

> Zu der Zeit hatte sie regen Anteil am literarischen Leben Münsters. Auch wenn die Dichterin den Kreis ironisch als Heckenschriftsteller-Gesellschaft bezeichnete; nahm sie gelegentlich daran teil. Über diesen Kreis entwickelte sich 1839 der nähere Kontakt zu dem 17 Jahre jüngeren

Levin Schücking, der für die nächsten Jahre in ihrem Leben eine dominierende Rolle spielen sollte.



Als Durchbruch zur Lyrik kann ihr erster Meersburger Aufenthalt bezeichnet werden. Hier, auf der am Bodensee gelegenen Burg,

die ihr Schwager Laßberg bewohnte, entstanden von Oktober 1841 bis April 1842 beinahe 60 Gedichte. Dieser ungeheure Ausbruch ihrer Schaffenskraft ist nicht zuletzt auf die Anwesenheit des jugendlichen Freundes Schücking zurückzuführen. Es entstanden Gedichte wie etwa Das Spiegelbild, Im



Grase, Im Moose, Der Knabe im Moor, Mein Beruf, Poesie, oder Mondesaufgang, Gedichte, die heute zur Weltliteratur zählen. Ebenfalls 1842 erschien das Werk "Die Judenbuche". Ihr bis heute bedeutendstes Werk.

Bruch mit Schücking

Im April 1842 verließ Schücking die Meersburg. Wieviel sie durch seinen Weggang verlor, wurde ihr nachher bewußt: "Mein Talent steigt und stirbt mit deiner Liebe; was ich werde, werde ich durch dich und um deinetwillen."

Während sich die Beziehung zu Schücking weiter abkühlte, als sich dieser 1843 verlobte und heiratete, wurde Annette von Droste-Hülshoff durch ihre Publikationen in verschiedenen Zeitungen inzwischen eine relativ bekannte Schriftstellerin.

Im Frühjahr 1846 kam es zum endgültigen Bruch zwischen ihr und Schücking; eine schwere Lungenerkrankung, die sie während eines Aufenthaltes im Rüschhaus erlitt, folgte. Noch einmal, von der Krankheit gezeichnet, trat sie im September 1846 die Reise zur Meersburg an. Nach nur kurzer Erholung starb Annette von Droste-Hülshoff am 24.05.1848 im Alter von 51 Jahren. Sie liegt auf dem Friedhof in Meersburg begraben. Trotz des Bruchs mit ihr sollte es gerade Levin Schücking sein, der sich nach ihrem Tod um ihr dichterisches Vermächtnis bemühte:

Annette von Droste-Hülshoff hat die Einschränkungen - typisch für ein Frauenschicksal des 19. Jahrhunderts - und die daraus sich ergebenden Spannungen nicht nur ihres eigenen Lebens, auch der Zeit, ausgehalten und getragen. Daraus erwuchsen ihre Gedichte, daraus aber erwuchs auch deren Größe, ihre Eindringlichkeit und sinnliche Gegenständlichkeit, die nicht mehr auf ein romanti-

> sches Sehnen, auf eine Welt der Kunst abzielten, sondern dem Hier und Jetzt, der konkreten Alltäglichkeit verpflichtet sind.

> Ihr Portrait zierte bis zuletzt den 20-DM-Schein. Andrea

Quellen:www.droste-gesellschaft.de www.xlibris.de/Autoren/Huelshof/ HuBio/HuBio01.htm

Auf die Strasse gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe!

Zum 1. Januar 2004 plant die Bundesregierung die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe. Danach soll es nur noch ein "Arbeitslosengeld II" in Höhe (oder knapp darüber) der Sozialhilfe geben. Aus einer bisher an der Arbeitslosenversicherung orientierten Leistung wird dann eine Fürsorgeleistung.

In ihren Programmen zur Bundestagswahl hatten die regierenden Parteien noch erklärt, dass sie "im Rahmen einer Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistung auf Sozialhilfeniveau" (SPD) wollten und dass kein Bezieher von Arbeitslosenhilfe bei einer "Zusammenlegung" schlechter gestellt würde (Bündnis 90/Die Grünen). Dies war schlichtweg gelogen!

Ein knappes Drittel bzw. 470.000 Haushalte, die derzeit Arbeitslosenhilfe beziehen, sollen zukünftig gar keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten. Aufgrund verschärfter Anrechnung von Partnereinkommen und von Vermögen, das in den meisten Fällen zur Vorsorge im Alter eingerichtet wurde, fallen sie ganz aus dem Leistungsbezug. In diesen Haushalten leben 1,2 Millionen Menschen, deren Einkommensverlust insgesamt 2,1 Mrd. € betragen wird (Berechnungen der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen). Für sie wird die Bewältigung von Arbeitslosigkeit vollständig privatisiert, sie müssen ihre Kranken- und Rentenversicherung selbst tragen, obwohl sie jahrelang Arbeitslosenversicherungsbeiträge eingezahlt haben.

Die restlichen Zweidrittel, rund 1,13 Millionen Haushalte, die derzeit Arbeitslosenhilfe beziehen, müssen durch die Absenkung der Arbeitslosenhilfehöhe auf Sozialhilfeniveau zum Teil erhebliche Einkommensverluste hinnehmen. Eine spezielle Rentenversorgung für das "Arbeitslosengeld II" ist bisher nicht vorgesehen.

Sozialraub stoppen!

Aktionstag am 17. Mai in Berlin

"So nicht, Herr Kanzler!" ver.di ruft zu einem zentralen Aktionstag gegen Sozialabbau am 17. Mai in Berlin auf. Es werden von ver.di Busse nach Berlin organisiert.

Meldet Euer Interesse an einer Teilnahme bei den örtlichen (ver.di-) Geschäftsstellen an. Ob sich DGB und weitere Einzelgewerkschaften dem Aufruf anschließen, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Jetzt liegt es (auch) an uns! Oft genug haben wir beklagt, dass unsere Gewerkschaften nicht ausreichend aktiv werden, wenn es um die Belange von Arbeitslosen geht – meistens zu recht. Jetzt gilt es, uns aktiv an den gewerkschaftlichen Protesten zu beteiligen, sie engagiert mit zu tragen! Wir können dazu beitragen, dass die Aktionen erfolgreich verlaufen. Jetzt sind wir gefordert, aus dem Quark zu kommen!!!

Anspruch auf das "Arbeitslosengeld II" hat nur der, der als "erwerbsfähig" eingestuft wird. So könnten erwerbsfähige Personen, die kleine Kinder betreuen (z.B. wegen mangelnder öffentlicher Kinderbetreuung) oder Angehörige pflegen, als nicht leistungsberechtigt eingestuft werden. Eine genaue Definition steht noch aus.

Zusammen mit den Leistungskürzungen und der Auflösung jeglicher Zumutbarkeitsregelung ("alles wird zumutbar") erhöht sich nochmals der Druck auf Arbeitslose jede schlechtbezahlte Arbeit und jeden prekären Billigjob annehmen zu müssen. Not macht erpressbar! Damit gerät das Lohngefüge der heutigen Beschäftigten unter gehörigen Druck.

Wir rufen alle Erwerbstätigen und ihre Organisationen, alle Wohlfahrtsverbände, alle kirchlichen Organisationen, alle Erwerbslosen und ihre Organisationen und alle sonstig Interessierten auf:

Verhindern wir die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe! Nur durch massenhaften Druck von der Strasse werden die Herrschenden zu beeindrucken sein!

Wenn wir heute nicht eingreifen, werden wir morgen den Sozialstaat nicht mehr erkennen!

Verabschiedet auf der Veranstaltung "Nein zur Umsetzung der Hartz-Pläne!" am 26.03.2003 in Frankfurt/M.

Eine Welt Wochen

Eine Welt Wochen

Fest in Wuppertal

Wuppertal

Samstag 24.05. aB lb Uhr

Samstag 24.05. aB lb Uhr

Samstag 24.05. aB lb Uhr

Breakdance + Capoeira

Infostände, Kinderprogramm, Bufett

Bly Uhr

Kabarett mit Rainer Wolf

und Andre Enthöfer

Live-Musik: salsedumbre,

Edgardo Rodo Duo

musica latina

u.v.a.m.

nur 5 Euro!!

Wuppertal



Was steht der Hermann dort herum?

Eine Kurzgeschichte von Werner Böwing in 2 Teilen (Fortsetzung aus tacheles Nr. 28)

.....

So lebten sie alle viele, viele Jahre in Zufriedenheit und Wohlstand. Das ging so lange gut, bis eines bösen Tages Boten des Kaisers aus Rom auftauchten und dem Varus mitteilten, daß er, bitte schön, zunächst nach Rom zurückkehren soll, um dann irgendwo anders Kriege zu führen, um neues Land für den Kaiser zu erobern.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die schreckliche Nachricht unter den Legionären. Auf den Punkt gebracht, lautete für sie alle die Frage: Warum in fernen Ländern sterben, wenn es sich in Germanien ganz gut leben läßt. Aber das war nur die individuelle Lösung. Für Varus war die Lage wesentlich komplizierter. Zunächst war da die Loyalität zum Kaiser. Aber selbst wenn man diese einmal überwinden könnte, gab es noch die riesigen Latifundien in Italien, die mit Sicherheit futsch sein würden, wenn ein Varus den Ruf des Kaisers ignorieren würde.

Als er schließlich zum Appell blasen ließ, hatte sich die ganze Truppe verpißt. Selbst die Feldpolizei und die Leibgarde war nur mit halber Mannschaft zur Stelle.

In höchster Erregung fuhr er mit seinem Streitwagen zu Hermann, den er Arminius nannte. "Arminius, weißt Du keinen Rat? Schließlich hast Du uns mit Deinem Multikulti die ganze Sache eingebrockt".

Hermann legte lange seinen blondgelockten Germanenschädel in beide Hände. Das tat er immer, wenn er nachdachte. Nach dem dritten Humpen Met kam ihm plötzlich ein rettender Gedanke. "Weißt Du, Varus, wir Germanen fragen, wenn wir nicht mehr weiter wissen, unsere Frauen. Tusnelda hat, als sie gestern aus ihrer römisch-germanischen Frauen-Selbstfindungsgruppe nach Hause kam, so komische Andeutungen gemacht. Ich glaube, unsere Frauen haben sich da schon etwas ausgedacht".

Tusnelda, die an der Tür gelauscht hatte, war sofort zur Stelle. "Tussischatz, wir haben große Sorgen". Mit diesen Worten fing Hermann an, die Sache zu erklären, aber Tusnelda unterbrach bald seinen Redeschwall, denn sie kannte ja das Problem.

Also sprach Tusnelda, die in jungen Jahren genau wie Hermann das Kriegshandwerk erlernt hatte: "Denk mal an Hannibal, von ihm stammt der berühmte Ausspruch: Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit". Hier unterbrach Hermann seine Holde. "Was hat das mit unserer Lage zu tun, liebe Tusnelda, kannst Du uns das mal näher verklickern?"

Und Tusnelda klickerte: "Varus und seine Frauen und Mannen erhalten politisches Asyl in Germanien, und notfalls können wir ja nach Rom melden, er sei bei einem Jagdunfall oder durch ein Attentat ums Leben gekommen."

Das gefiel Varus überhaupt nicht, den si-

cher würden einzelne seiner Legionäre doch nach Rom pilgern und dem Kaiser die ganze Sache verpetzen und dann wäre Schluß mit Lustig. "Nein, Tusnelda, weißt Du nichts Besseres," antwortete Varus.

"Wir haben in unserem Weiberrat vorsorglich einen zweiten Plan ausgeheckt, aber der ist etwas kompliziert." "Laß' kommen, mach' die Sache nicht so spannend," riefen beide Männer fast gleichzeitig.

"Ihr Römer, jedenfalls alle die, die von hier weg wollen, sammelt Euch und zieht Richtung Süden. Am Galgenberg, dort wo sich die Wege kreuzen, müßt Ihr, wie Dir bekannt ist, durch eine tiefe Schlucht, und da warten im Hinterhalt unsere germanischen Krieger auf Euch, um Euch zu überfallen. Hermann wird dafür sorgen, daß möglichst kein Blut fließen, aber dafür das Kampfgetümmel um so lauter sein wird. Wir Germanen werden so zahlreich erscheinen, daß jeder Widerstand selbstmörderisch erscheinen muß. Wenn dann die Reste der Legionen mit Dir, Varus, an der Spitze fliehen, wird Hermann mit den Seinen erst einmal den Sieg feiern, damit Du, Varus, mit Deinen Leuten auf Eurem Rückzug nach Rom erst einmal verschnaufen könnt. Deinem Kaiser und den deutschen Historikern in Rom erzählst Du einfach, die Germanen hätten Euch mitten im Teutoburger Wald alle umgebracht."

"Meinst Du, Arminius, das funktioniert?" fragte Varus unsicher.

"Ich denke schon, Varus, es muß funktionieren, und außerdem hast Du keine andere Wahl."

Das sah Varus schließlich ein.

Eine gute Woche später war es so weit, und das Spektakel fand statt. Mit dem altgermanischen Schlachtruf "Humba humba täterä" stürzten sich die Germanen auf ihre Gegner. Nicht zu schnell, denn auch die Verfolgung flüchtender Gegner soll man nicht überhasten. Es sollte ja niemand einen Herzinfarkt bekommen

Ohne große Behinderung durch andere aufmüpfige Germanenstämme oder sonstige Naturkatastrophen kehrte Varus beklommenen Herzens nach Rom zurück.

Der Kaiser war natürlich sauer, und er verweigerte Varus die ansonsten bei derlei Anlässen übliche Siegesparade. Statt dessen motzte er ihn an mit den Worten: "Varus, Varus, gib mit meine Legionen wieder."

Publius Quinctilius Varus, so war sein voller Name, soll sich vor Scham und gewissermaßen zur Abschreckung späterer Generationen sein eigenes Schwert in den Leib gerammelt haben. So wenigstens berichtete es das römische Amt für Kriegspropaganda. Die Wirklichkeit war weit weniger dramatisch: Er, Varus, hat sich bis ins hohe Alter der Land-

wirtschaft gewidmet.

Doch zurück nach Germanien.

Als Hermann mit seinen siegestrunkenen Mannen von der Römerverfolgung zurückkam, konnte sich Tusnelda nicht verkneifen zu sagen: "Siehst Du, Hermann, die ruhmreichsten Schlachten in der Geschichte sind die, die nie geschlagen wurden".

Tusnelda hat Recht behalten, unsere Geschichtsbücher können es bezeugen, wenn sie über das Ereignis berichten, was angeblich im Jahre 9 nach Christi im Teutoburger Wald stattgefunden haben soll.

Leider hatte Alfred Nobel bis dahin noch nicht das Dynamit erfunden, und es konnten somit logischerweise auch noch keine Friedensnobelpreise verliehen werden. Tusnelda, Varus und Hermann wären würdige Anwärter gewesen, denn sie haben, auch wenn es die offizielle Geschichtsschreibung völlig anders darstellt, vielen tausend Menschen das Leben gerettet und außerdem echte Völkerverständigung praktiziert.

Und ein ehemaliger römischer Legionär, ein gelernter Metzger, der als Hausschlachter von Bauernhof zu Bauernhof zog, fertigte über seinem Hauseingang eine Tafel an, auf der geschrieben stand:

Helfen beim Schlachten, um Wurst zu erwerben macht viel weniger Streß als in Schlachten zu sterben.

Werner Böwing, 22.5.2001



alfa Messebau Augustinerstr. 18 42719 Solingen

Tel.: (02 12) 31 06 61 Fax: (02 12) 31 15 59

Bebauungsplan Obenitter:

Wie eine Walder-Polit-Connection "Grossmann" ein Gründstück vergoldet, oder wie man mit der Angst vor Arbeitslosigkeit fette Spekulationsprofite mitnimmt

CDU: "Ein nicht zu übertreffendes Beispiel des Ausgleichs von öffentlichen und privaten Interessen"

Die Walder Firma Grossmann geriet Anfang der 90er Jahre in Liquiditätsprobleme. Um den Erhalt der traditionellen Stahlguss-Firma zu sichern, half das Land NRW mit einer Landesbürgschaft aus. Trotzdem wurden

150 von ursprünglich 300 Arbeitsplätzen abgebaut. Bedingung der Landesbürgschaft war, dass Grossmann "nicht benötigten Grundbesitz" verkauft damit das Land "in Form von Sondertilgungen auf landesverbürgte Kredite" partizipiert. Da Grossmann rund um Wittkulle. Westersburg und Ittertal fast halb Wald gehört, kam da einiges zusammen. Allein der Umstand, dass gewisse Filet-Grundstücke an den südlichen Hängen des Ittertals als Landschaftsschutz-, Wald- oder Grünland- bzw. Acker-

landgebiete ausgewiesen waren, störte die Sanierer

Ebenfalls waren zur Ausweisung vorgesehene Biotope im Weg. Eine Bauvoranfrage wurde schon 1993 von der Verwaltung abgelehnt. Selbst der daraufhin eingelegte Widerspruch hatte keine Chance. Aufgrund dieser abschlägigen Bescheide wechselte Großmann von nun an die Vorgehensweise. Die eigentlich für Bauplanungen zuständigen Behörden und politischen Gremien wurden ignoriert und stattdessen "informelle" Gespräche mit der Wirtschaftsförderung und dem damaligen Oberstadtdirektor Deubel geführt. Letzterer sagte Vertretern der Firma, dann auch die Behandlung und Durchsetzung eines Bebauungsplanes zu, obwohl seine eigene Fach-Verwaltung das gerade abgelehnt hatte. In der Bezirksvertretung Wald fanden "die Wirtschaftsförderer" schließlich auch gleich willige Helfer. Bezirksvorsteher Müller-Stöver überzeugte seine SPD-Fraktion mit dem Argument, dass es nur pro forma um eine Erhöhung der Liquidität der Firma Grossmann gegenüber Land und Banken gehe. Gebaut würde da sowie so nie. Für den Sprecher der CDU-Fraktion Hans Werner Gabriel war eh klar, dass es der Allgemeinheit dann automatisch gut gehe, wenn es den Unternehmern gut ginge. Allein die Grünen sahen schon damals "erhebliche Probleme". Sie schlugen vor,

die Überplanung des Biotops (unzumutbare wirtschaftliche Belastung für die Firma) wurde dann inzwischen auch ein "aus stadtökologischer Sicht möglicher...landschaftspflegerischer Fachbeitrag" der "bei dieser geringfügigen Nutzung den Stadtbiotopcharakter der ausgewiesenen Stadtbiotopfläche kaum in seiner Funktion beeinträchtigen wird".



"dass die Stadt die Grundstücke kaufe oder tausche", um zu verhindern, dass der Grünzug Ittertal als Naherholungsgebiet für die Allgemeinheit beschädigt würde. So wurde beschlossen, dass " ein schmaler Geländestreifen an der Obenitterstraße für eine lokkere Einfamilienhaus-Bebauung verwandt werden kann". Gleichzeitig wurde eine Biotop-Ausweisung im nahen Umfeld abgelehnt, weil dies "zu einer unzumutbaren Belastung der Firma Grossmann führen würde".

Aus dem "schmalen Streifen" wurde bis heute eine "überbaubare Grundfläche" von 4920 Quadratmetern in einem Plangebiet von 2,2 ha, welches im gültigen Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf als "allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich" bzw. "teilweise Waldbereich" und "überlagernd Regionaler Grünzug", sowie als "Bereich für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung" immer noch dargestellt wird. Bezüglich der Begründung für

Blankoscheck für Spekulationsgewinne

Kritikern der Planung, wie dem grün-offenen Walder Bezirksvertreter Frank Knoche wurde per Mehrheitsabstimmung das Recht auf Akteneinsicht verwehrt und mehrfach das Wort entzogen, wenn er die "traumhaften Wertsteigerungen" beziffert, welche bei Umwandlung "Grün- und Ackerland" (ca. 2,25 Euro pro Quadratmeter) oder Wald (ca. 1.35 Euro) in Rohbauland (ca. 130 Euro) erzielt werden. Auch die Bedingungen der Landesbürgschaft werden geheim gehal-

ten. Eine darin enthaltene Verpflichtung, die Grundstücke durch Bebauungspläne aufzuwerten, wäre auch rechtlich grob unzulässig. Entweder gibt es diese Bedingung zur bauplanerischen Aufwertung der Grundstücke oder sie wird nur vorgetäuscht damit der Firma zusätzliche Spekulations-Profite ermöglicht werden. Einen solchen Blankoscheck ohne entsprechende Verwendungsnachweise oder Garantien würde kein vernünftiger Mensch ausstellen. Der Sprecher der CDU im Walder Stadteilparlament Michael Klaas bezeichnete trotzdem den Bebauungsplan als "ein nicht zu übertreffendes Beispiel des Ausgleichs von öffentlichen und privaten Interessen". Wo er Recht hat er Recht. Allerdings gilt auch das Recht, "wonach es rechtlich unzulässig ist, in Verbindung mit der Aufstellung von Bauleitplänen Zusicherungen zu machen, die das Ergebnis des noch durchzuführenden Planverfahrens bereits vorab festlegen oder vorwegnehmen würden." Gerhard M. Söll



Weyersberg: Freizeitwiese für nicht vereinsmäßig organisierte Menschen wird der Öffentlichkeit entzogen

"Das Konzept für die 1981 fertiggestellte Freizeitsportanlage Weyersberg sah vor, gerade für die Einwohner im Bereich Stadtmitte Möglichkeiten zu bieten, einen Teil ihrer Freizeit sportlich orientiert zu gestalten. Insbesondere waren hierbei die nicht vereinsmäßig orientierten Einwohner angesprochen. Die Freizeitsportanlage sollte multifunktional nutzbar sein, insbesondere auch für Schulen und Familien"

So beginnt die Vorlage für die Bezirksvertretung Mitte, an deren Ende der Beschluss empfohlen wird, dem Solinger Baseballverein Solingen Alligators zu erlauben, von der ca. 15 000m² großen, der Stadt gehörenden Wiese am Weyersberg ca. 80% der Fläche durch einen festen Außenfeldzaun abzuschließen. "Diese Fläche wird damit der Öffentlichkeit entzogen..." Bisher hatten die Alligators während des Spielbetriebs einen mobilen Ballfangzaun aufgestellt, der die Fläche zu Zeiten, an denen kein Spiel stattfand, für andere Gruppen nutzbar ließ. Die Bezirksvertretung stimmte gegen die Stimme der Grünen / offene Liste der Absperrung zu, inzwischen steht der Zaun. Wer die Fläche kennt, weiß, dass neben den Alligators gerade die in der Vorlage genannten nicht vereinsmäßig organisierten Gruppen die große Wiese intensiv zum Freizeitfußball und sonstigem Spiel nutzen. Besonders Kinder und Jugendliche, darunter viele SolingerInnen nichtdeutscher Herkunft, verlieren mit dem Wegfall des größten Teils der Wiese die einzige derartige Fläche in Solingen-Mitte. Mit der Umwandlung von Tennenplätzen in Kunstrasenplätze sollen künftig drei weitere Freizeitsportstätten entfallen. Damit

steigt der Druck auf die verbleibenden 3 000m² Wiese am Weyersberg. Die Idee vom Breitensport war doch eigentlich nicht so gedacht, dass erfolgreiche Leistungssportler die anderen im Wortsinn verdrängen. Oder?

Dietmar Gaida



Nahost - weit weg?

Eine interne Debatte der "Stiftung W" über:

Antisemitismus
Militarisierung
Palästinensische Selbstmordattentäter
Israelische Besatzungspolitik
Kollektividentität
Anti - Deutsche
und weitere
fragwürdige Identifikationen

Der Reader kann gegen 1,50 Euro bei der Stiftung W bestellt werden.

Stiftung W. Postfach 13 06 55 42033 Wuppertal Tel: 0202 / 265 58 52 mail@stiftung-w.de www.stiftung-w.de





WIE BIETEN FEINE KÜCHE UND REGIONALES.
WIR LIEFERN VON ÜPPIGEN BUFFET BIS
ZUM FEINEN FINGERFOOD-IMBISS.
FÜR DIE GROSSE VERANSTALLTUNG UND
DEN KLEINEN EMPFANG.
WIR RICHTEN UNS NACH IHREN WÜNSCHEN UND
ENTWICKELN EIGENE VORSCHLÄGE.
GERNE ÜBERNEHMEN WIR AUCH DEN SERVICE VOR ORT

GERNE UBERNEHMEN WIR AUCH DEN SERVICE VOR ORT
WIR BRINGEN ES ZU IHNEN ODER
SIE FEIERN IN UNSEREN RÄUMLICHKEITEN.
BITTE SCHAUEN SIE SICH UNSEREN VERANSTALTUNGSRAUM AN.

"Öko-Test"-Urteil über den Umgang mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen:

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW): Ungenügend!

Der Geschäftsführer der SDW und Solinger CDU-Fraktionschef Bernd Krebs erneut in der Kritik

n der Öko-Test-Ausgabe 11/2002 wurden 19 Umweltverbände bezüglich ihres Umgangs mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen getestet. Acht von ihnen erzielten ein "sehr gut" oder "gut", drei schnitten mit "mangelhaft" ab und zwei, der VCD und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) bekamen die absolut schlechteste Gesamtnote "ungenügend". Der Öko-Test beinhaltet 39 Kriterien wie "Nachvollziehbare Organisationsstruktur", "Transparenz sonstiger Erträge", "Transparenz Ausgaben", "Pauschal über 500 Euro für Ehrenamtliche", "Personalkosten Verwaltung auf Projekt umgelegt", "Töchter/ Zweckbetriebe" usw.. Die SDW, deren langjähriger Bundesgeschäftsführer der CDU-Fraktions- und Stadtwerkeaufsichtsratsvorsitzende Bernd Krebs ist, weigerte sich selbst gegenüber Öko-Test, Zahlen oder Jahresberichte zur Verfügung zu stellen. Wiederholt hat der Spendenrat in der Vergangenheit die SDW und deren Geschäftsführer Krebs wegen einer solchen Informationsverweigerung gegenüber der Öffentlichkeit gerügt und sogar einen SDW-Geschäftsbericht als unzureichend zurückgewiesen. Als Mitglied im Deutschen Spendenrat hatte sich die Schutzgemeinschaft nämlich verpflichtet, auf Verlangen jedem Einblick in Bilanzen und Geschäftsberichte zu gewähren. Mit dem Hinweis auf die Mitgliedschaft im Spendenrat warb die SDW schließlich intensiv um Vertrauen bei Spendern und Sponsoren und erweckte somit den Eindruck, dass ihre Mitgliedschaft in diesem Verband einen korrekten Umgang mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen garantieren würde. Erst jetzt wurde aufgrund einer erneuten Beschwerde beim Spendenrat über die Schutzgemeinschaft bekannt, dass diese bereits nach der letzten Rüge des Deutschen Spendenrates Ende 1998 ihre Mitgliedschaft dort gekündigt hatte; offensichtlich um ihrer Selbstverpflichtung, Transparenz in ihr Geschäftsgebaren herzustellen, nicht nachkommen zu müssen.

Wo ist die 5-Millionen-Rücklage geblieben?

In die Kritik geriet Bernd Krebs auch bezüglich der verschwundenen Rücklagen der Stadt für den jetzt wieder forcierten Rathausneubau. Ex-Oberbürgermeister Ulrich Uibel sprach im Rat von 5 Millionen Euro, die als "Rücklagen mit Sperrvermerk" versehen waren und von denen heute keiner mehr wissen will, wie und wofür sie zweckentfremdet ausgegeben wurden. Krebs müsste eigentlich genau wissen, wo das Geld geblieben ist. Als CDU-Fraktionsvorsitzender in den 80er Jahren trug er schließlich die politische Verantwortung für die Verwendung der Rücklage. **Frank Knoche**



Die Ablehnung eines Bürgerbegehrens oder wie entledige ich mich endgültig aller Wähler?

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid -Mehr unmittelbare Demokratie in den Gemeinden wagen

So ist im Grundgesetz und der Landesverfassung des Landes Nordrhein-Westfalen (Art. 28 Abs. 1 GG und Art. 78 Abs. 1 LVerf NRW) ein Grundsatz unserer "repräsentativen Demokratie" beschrieben.

Die Einführung des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheides im Jahre 1994 sollte dem Wunsch nach mehr unmittelbaren Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger entsprechen: "Die Kommunalverfassung gibt den Bürgerinnen und Bürgern das Recht, in einer Vielzahl kommunaler Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Der Beschluss der Bürgerschaft tritt an die Stelle der Entscheidung des Rates, denn der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Ratsbeschlusses.

Setzen sich Bürgerinnen und Bürger z.B. für den Erhalt eines Hallen- oder Freibades, einen zusätzlichen Kindergarten, eine weitere verkehrsberuhigte Zone oder für oder gegen den Neubau einer Schule ein, dann können sie diese Entscheidung nunmehr selbst in die Hand nehmen."

Doch leider wird diese an sich positive Errungenschaft mehr denn je von Parteien für ihre eigenen taktischen Spielereien vereinnahmt. Ob es um das Heidebad, den Hauptbahnhof, die Stadtwerke oder eine Gesamtschule geht - immer sind eine oder mehrere Parteien beteiligt, die entweder in vorderster Front oder in zweiter Reihe die Fäden in der Hand halten. Auf der Strecke geblieben ist dabei der eigentliche Sinn eines Bürgerentscheids, nämlich die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Wie sollen es denn in Zukunft normal sterbliche SolingerInnen verstehen, dass sie sich für ein Bürgerbegehren engagieren sollen? Dreimal wurden erfolgreich die für den Bürgerentscheid erforderlichen Unterschriften gesammelt und dann kam die Politik ins Spiel und erklärte zweimal kurzerhand die Unzulässigkeit der Begehren. Und beim dritten Mal bekamen die Initiatoren (beteiligt waren hierbei wiederum zwei Parteien) plötzlich kalte Füße und erklärten lapidar: Eigentlich war ja alles nicht so gemeint und wir wollen den Bürgerentscheid lieber doch nicht (wir könnten ja bei der nächsten Wahl ein paar Stimmen verlieren). Und dieselben Leute werden genau zu diesem Zeitpunkt wieder ganz entrüstet auf die niedrige Wahlbeteiligung schauen und sich offiziell wundern, warum denn keiner gekommen ist. Wirklich seltsam diese Welt. **Thomas Blos**



Der Versuch eines Nachrufs

.....

Nichts ist mehr wie es war

Am 22. Dezember letzten Jahres starb Joe Strummer im Alter von 50 Jahren an einem Herzinfarkt. Mit seiner Band *The Clash* hinterließ er ein bleibendes Vermächtnis: Seine nicht nachlassende musikalische Neugier widerlegte die Karikatur des Punks als geistloses Zwei-Akkorde-Geschrammel.

Schon seine zweite Band, die 101ers war eine Hausbesetzer-Band par excellence: Keine Veranstaltung für die Rechte der Hausbesetzer in West-London ohne ihren Auftritt. Strummer lebte sein Leben so wie er es in seinen Texten beschrieb. Seine politischen Ansichten waren eine Mischung aus wirrem linken Radikalismus, Sympathie für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten, Feindschaft gegenüber Rassismus und Unterstützung von dem, was er als revolutionären politischen Kampf ansah, ganz gleich ob dieser vom



marxistischen Sozialismus, Anarchismus oder von nationalen Befreiungsbewegungen angeführt wurde.

The Clash entstand in den 70er Jahren, als die konservative Regierung in Großbritannien unter Edward Heath durch einen Bergarbeiterstreik gestürzt wurde. Die Labour Party von Harold Wilson übernahm die Macht und setzte sofort die vom Internationalen Währungsfonds geforderten Kürzungen um. Dieser Verrat einer Regierung, die angeblich die Arbeiterklasse repräsentierte, provozierte eine Welle von Wut und politischer Desorientierung - und dies zu einer Zeit, in der die Jugendarbeitslosigkeit anstieg und die sozialen Spannungen zunahmen. Dies schien eine Welt zu sein, die der Arbeiterjugend nichts anzubieten hatte. Die Sex Pistols veranschaulichten dies mit brutaler Treffsicherheit und bitterem Humor ("There's no future in England's dreaming").

Die Ansichten der Sex Pistols endeten jedoch in ihrem nihilistischen Beharren darauf, dass es keine Zukunft gab: "No future". Strummer und sein Partner Mick Jones schrieben Musik, als gelte es, zu den Waffen zu greifen - ein Aufruf, aufzustehen und sich in den Kampf gegen Unterdrükkung einzureihen. Für viele Jugendliche in dieser Zeit waren *The Clash*, wie Strummer einmal prahlte, "die einzige Band, die zählt". Sie kombinierten schnellen Rhythm and Blues mit einer Menge weiterer musikalischer Einflüsse, die in großartiger Weise die besten Elemente der Londoner Straßen-Kultur vereinten.

Es war das Doppel-Album "London Calling", das eine breite Zuhörerschaft davon überzeugte, dass *The Clash* wirklich die einzigen waren, die Beachtung verdienten. ("London Calling" taucht regelmäßig auf den Listen

der größten Alben aller Zeiten auf und wurde zum besten Album der 80er Jahre gewählt.) Darauf versammeln sich Rockabilly, Ska und Soul in Songs, die so unterschiedliche Themen behandeln wie den Spanischen Bürgerkrieg, Konsumterror und die drohende Apokalypse. Die Band ließ auf "London Calling" ihr nicht in allen Belangen gelungenes Meisterwerk "Sandinista!" folgen. "Sandinista" ist ein Dreifach-Album, das die bisherigen musikalischen Grenzen so weit wie nie zuvor überwand und Rap, Dub-Reggae, Jazz, Hip-Hop und Funk aufnahm. Hierauf befinden sich Lie-

der gegen einen US-Einmarsch in Nicaragua und Kuba ebenso wie Songs mit eher persönlichen Ansichten über das Leben, die Liebe und den Kampf.

Strummer lehnte es bis zuletzt hartnäckig ab, seine alten Hits des Geldes wegen herunterzuspielen. Er nahm einige Film-Angebote als Schauspieler an. Er machte seine Sache recht gut in Jim Jarmuschs Film "Mystery Train". Nachdem er zusammen mit den Pogues in dem miserablen Spaghetti-Western von Alex Cox "Straight to Hell" (benannt nach einem seiner Lieder) mitgespielt hatte, sprang er bei den Pogues als Sänger ein, als diese Shane McGowan feuerten.

In letzter Zeit gingen Gerüchte um, dass *The Clash* für ein einziges Mal nochmals zusammenfinden würde, und zwar später in diesem Jahr, wenn die Band in die Rock and Roll Hall of Fame aufgenommen wird. Es ist typisch für Strummer, dass er sich während der letzten Mescaleros-Tour (seiner letzten Band) die Zeit genommen hat, um ein Benefiz-Konzert



für die streikenden Feuerwehrleute in seinem geliebten West-London zu geben. Dies war sein letzter Auftritt in London, auf dem er darüber hinaus gemeinsam mit Mick Jones auf der Bühne stand - zum ersten Mal seit dem Auseinanderbrechen von *The Clash*. **Ernie**

Surftipps:

www.wsws.org/de/2003/jan2003/stru-j22.shtml www.theclash.de www.westwaytotheworld.com





Nicht gucken mitmachen bei der tacheles

Musik und Tanz

09.05. (AJZ W'kirchen) Hate Trash Disaster (USA) / Bad Reputation (ger / Lev) / Stoned Age (ger / Lev) 09.05. (Börse) Cover Rock Night IV: Fake, NoGirls und Back Slash 10.05. (Kult) Serene Fall (Indie Wave aus MG+AC) 10.05. (Börse) Ombelico: Musiker aus unterschiedlichen Nationen auf einer Klangreise zwischen den Kulturen: von archaischen Gesängen bis zum traditionellen Liebeslied 10.05. (LCB Barmen) CD-Release - Party SKAMPI ROYAL + spezial guests: KESHER / ME IN THE BUCKET / DJ Selectaa Ditch + Freunde 13.05. (Underground) FABULOUS DISASTER / BAMBIX 15.05. (Underground) THE BRIEFS / THE SHOCKS

16.05. (AJZ W'kirchen) "Kill Hitler Sound " SKA / Punkrock Disco mit Steini und Mücke" 16.05. (Underground) THE HARD-ONS / QUERVERKEHR 17.05. (Börse) frauenschwoof 19.05. (Underground) HOT HOT HEAT 20.05. (Underground) TODAY IS THE DAY / CHARGER / CLOSER THAN KIN 21.05. (Underground) LES BABACOOLS 22.05. (LCB Barmen) BELASCO 23.05. (megaphon) live & raw: FLAMING MOE aus Bergisch Gladbach und LILI aus Köln 24.05. (Kuit) Er France (Minimal Elektropop mit Sixties Gitarren aus D'dorf 30.05. (AJZ W'kirchen) Punk Konzert: Massendefekt / BetonTod / Off's Cool 31.05. (Kult) tpunktterror (Punk aus der Eifel) 07.06. (Kult) Cowboys on Dope

Termine

08.05. (Kulturausbesserungswerk L'kusen) Ausstellung der Wuppertaler Musikerin Roswitha Dasch "Sage nie, du gehst den letzten Weg - Der Genozid an den litauischen Juden 1941-1944" 14.05. (Börse) Attac Wuppertal: Öffentliches Plenum - jeden 2. Mittwoch im Monat 16.05. (Sojus 7) "Frizzles" -Improvisationstheater mit allen Mitteln "Andere haben gar nichts anzuziehen" 16.05./20. (Börse) Menestheus oder Die irre Zärtlichkeit der Anarchie Ein Stück von Hans Feind - Uraufführung! 17.05. (Börse) 17. Wuppertaler Poetry Slam 30.05. (Kult) Lesung mit D. Holland-Moritz (ein Berliner aus

Di 18h im Pavillon der Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42 amnesty international: Treff jeden ersten Mi 20h, Kontakt: 2 4 15 78 Antifa Bergisches Rheinland: c/o Infoladen, Postfach 10 09 31, 42609 Solingen Bürgeraktion Contra Westtangente: Treff jeden 1. Di. 19.30h im Gemeindezentrum Lutherkirche, Kontakt 217845 Café Courage: Klemens-Horn-Str. 3, Mo-Fr 11-18h (Frauen), Sa 11-15h (Familien), 27 36 35, Fax: 1 71 98 Café International: Treff jd. 1. Freitag im Monat, 19h, Wupperstr. 120 Cow Club: Treff jeden Montag 20h in

der COBRA, \$\mathbb{2}\$ 659 86 89
Förderverein Freibad Aufderhöhe:
Kontakt: Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33,
\$\mathbb{2}\$ 5 36 42

AG Weiße Rose: Treff jeden

Frauengruppe International im Frauenverband Courage: Treff 14tg. im Café Courage ☎ 27 36 35 Frauenhaus: \$\mathbb{2} 5 45 00
Frauen helfen Frauen:
Albrechtstr. 12, \$\mathbb{2} 5 54 70
Graue Panther: Eiland 17,
42651 Solingen
Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20 42013
Wuppertal
Lesbentelefon:
Mo. 20-22h, \$\mathbb{2} 0202 / 44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, ☎ 8 05 23 RBN, Bergischer Naturschutzverein: Kontakt: F. Willig, ☎& Fax: 32 96 42, www.solingen-natur.de/rbn

Schwuler Stammtisch: Jd. Fr. 20h im Cobra, Merscheider Str. 77-79

Cobra, Merscheider Str. 77-79
Solinger Appell/Forum gegen Krieg
und Rassismus: Treff, Do.8.5.+20.5.,
20h, im Cafè Courage, dann 14tg.
Sol. Arbeitslosenzentrum SALZ
Forststr. 38, 42697 SG,

7 10 41
Solinger Koordinationstreff gegen
Arbeitslosigkeit: Infotel.: 710 - 41/42

SOS-Rassismus: 20 10 00, Fax: 20 51 37

Gruppeninfos

Stiftung W.: Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal, www.stiftung-w.de, mail@stiftung-w.de facheles: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 SG, Fax 1 71 98, tachelesSG@wtal.de; www.tacheles-solingen.de Tauschring: Treff jeden zweiten Mo.

im Monat (außer Sommerferien und Dez.), 19.30h, Eine-Welt-Laden Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39 Kontakt: SALZ,

710 - 41/42

Türkischer Volksverein:

20 48 45,

Van-Meenen-Str. 1, Mo-Fr ab 15 h. Sa u. So ab 12 h Café, Mi: Saz-Kurs 17.30 h, Fr 18.30h Kinderfolklore

VVN-Bund der Antifaschisten: Kontakt:

224 44 44

AG ZukunftsWelten: Kontakt:Familie Thom, Mohrenkamp 20, 42653 Solingen, Tel. 59 07 96